

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,50 M., monatlich 1,10 M.,
 halbjährlich 5 M., frei ins Ausland.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat
 Eingetragen in die Post-Verzeich-
 nisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2,50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

ersch. 15/16.

Die Inertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Rollen-
 zeile oder deren Raum 60 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Beraternungs-Anzeigen 50 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt
 Wort 20 Pf. (zweiwöchig 25 Pf.)
 (Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Streifenanzeigen und Stellenanzeigen
 des ersten Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zahlen für zwei Worte. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 23. Februar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Oesterreichische Flugzeuggeschwader über der Lombardei.

Kriegsnotwendigkeiten der Erziehung.

In der Zeit des Friedens fand die Auffassung, daß der Krieg ein guter Erzieher sei, aus pädagogischen Kreisen heftigen Widerpruch. Mit dem Ausbruch des Krieges indes glaubten viele, die sich gern als die Erzieher und Führer des Volkes ausgeben, in dieser Beziehung umlernen zu müssen. Täglich konnte man mit wenigen Ausnahmen in der gesamten Presse maßlose Lobpreisungen auf den Krieg lesen, den man im Interesse der Erziehung geradezu herbeiwünschen müßte, wenn er nicht durch die Tüde der Feinde entstanden wäre. Diese Anbetung des Krieges entsprang offenbar der vielleicht gutgemeinten Absicht, den blutigen Kampf an den Grenzen Deutschlands durch den weniger gefährlichen Krieg mit der Feder dächern zu äußern magie, wurde entweder als ein bedauerndes Geschöpf, dessen Verstand zu kurz sei, um aus den Kriegereignissen zu lernen, bespöttelt oder gar als ein gefährlicher Pessimist denunziert, dem an einem Siege Deutschlands nichts gelegen sei.

Wohl kaum sind die durch den Krieg erzeugten Illusionen von der brutalen Macht der nackten Tatsachen so schnell und restlos verdrängt worden, wie die in bezug auf die ethischen Einflüsse des Krieges. Die Spalten der Presse, die ehemals Dithyramben auf den Krieg enthielten, sind jetzt gefüllt mit bewegten Klagen über die zunehmende Verwahrlosung der Jugend. Zweifellos ist viel Uebertreibung dabei. Trotzdem kann aber nicht geleugnet werden, daß der Krieg einen starken und ungünstigen Einfluß auf die Jugend ausgeübt hat. Die Tatsachen führen eine so deutliche Sprache, daß man sich ihrer Wirkung nicht entziehen kann. Nach einer statistischen Erhebung der Zentrale für Jugendfürsorge ist im letzten Jahre gegenüber den Friedensjahren die Straffälligkeit, insbesondere der zwölf- bis vierzehnjährigen, durchweg gestiegen, teils sogar um 100 Proz. Die Jugendgerichtshilfe der Zentrale weist im zweiten Kriegsjahr 2927 Fälle gegenüber 1723 im Jahre 1913 auf. Die Untersuchung führt den sehr lehrreichen Nachweis, daß die Kriminalität der Jugend mit der Dauer des Krieges stetig steigt. Eigentumsvergehen und Noheitsdelikte nehmen den ersten Platz der Straftaten ein. Damit ist die Phrase von den ethischen Wirkungen des Krieges hoffentlich für alle Zeit widerlegt.

Nur eine oberflächliche und einseitige Betrachtungsweise kann in dem Krieg einen guten Erziehungsfaktor erblicken. Die beim Kriegsausbruch zutage getretenen guten Eigenschaften der Volksgenossen, wie insbesondere die des Opfers, die der Auffassung von den erzieherischen Fähigkeiten des Krieges neue Nahrung gegeben haben, sind doch nur die Früchte jahrzehntelanger Erziehungsarbeit, wie sie eben nur im Frieden möglich ist, und die durch die eiserne Gewalt des Kriegeszustandes nur offenbar geworden sind. Sind doch auch in Friedenszeiten, wenn auch nur auf gewisse Bevölkerungsschichten beschränkt, diese guten Eigenschaften in der Not zutage getreten, so vor allem in den gewaltigen wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiterschaft.

Die sittlichen Kräfte, die der Kriegsausbruch zur Entfaltung bringt, vermögen indessen auf die Dauer den dämonischen Gewalten des Krieges nicht standzuhalten. Einen sittlichen Aufschwung hat bis jetzt noch kein Krieg zur Folge gehabt. Die destruktiven Tendenzen des Krieges müssen naturgemäß auf die noch nicht gefestigten Charaktere, die der Erziehung am meisten bedürfen, also auf die heranwachsende Jugend, am stärksten wirken. Die Haltung der Presse hat diese Kriegswirkungen noch eher künstlich gesteigert als abgemildert. Man erinnere sich nur der Schlachtenberichte und gewisser Feldpostbriefe, die in den ersten Monaten des Krieges den größten Raum der Zeitungen einnahmen. Die Entfaltung und Reizung des Völkerhasses und des Racheinstinktes mußte ebenfalls vor allem auf die urteilsunfähige Jugend gefühlverdernd wirken.

Dazu schafft, wie die Gegenwart lehrt, der Krieg wirtschaftliche und soziale Zustände in der Heimat, die eine gute Erziehung der Jugend ungemein erschweren. Von einem erzieherischen Wert des Familienlebens kann im allgemeinen nicht mehr geredet werden. Viele Familien sind im buchstäblichen Sinne des Wortes aufgelöst. Erst jetzt zeigt sich, wie stark der moralische Einfluß ist, den der Vater auf die Kinder ausüben imstande ist. Die Mutter, von der Not zur Erwerbsarbeit getrieben, muß die Kinder schon im frühen Alter sich selbst oder der ungeeigneten Aufsicht älterer Geschwister überlassen. Die Erledigung der häuslichen Angelegenheiten raubt der Arbeitsmutter noch dazu die Möglichkeit, noch gewerblicher Tätigkeit sich ihren Kindern zu widmen. Ohne Schutz und moralischen Halt, ohne die wärmende Sonne der elterlichen Liebe wachsen sie heran. Die trübe Enge des

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 22. Februar 1916. (B. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Das nach vielen unsichtigen Tagen gestern ankommende Wetter führte zu lebhafter Artillerietätigkeit an vielen Stellen der Front; so zwischen dem Kanal von La Bassée und Arras, wo wir östlich von Souchez im Anschluß an unser wirkungsvolles Feuer den Franzosen 800 Meter ihrer Stellung im Sturm entrißten und 7 Offiziere, 319 Mann gefangen einbrachten.

Auch zwischen der Somme und der Oise, an der Aisne-Front und an mehreren Stellen der Champagne steigerte sich die Kampfaktivität zu größerer Heftigkeit. Nordwestlich von Tahure scheiterte ein französischer Handgranatenangriff.

Endlich fehlten auf den Höhen zu beiden Seiten der Maas oberhalb von Dun Artilleriekämpfe ein, die an mehreren Stellen zu beträchtlicher Stärke aufschwollen und auch während der letzten Nacht nicht verstummten.

Zwischen den von beiden Seiten aufgestiegenen Fliegern kam es zu zahlreichen Luftgefechten, besonders hinter der feindlichen Front.

Ein deutsches Luftschiff ist heute nacht bei Revinay dem feindlichen Feuer zum Opfer gefallen.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 22. Februar. (B. L. B.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer und südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Isonzo-Front waren die Artilleriekämpfe im allgemeinen, namentlich aber bei Flava, recht lebhaft. — Einem unserer Flugzeuggeschwader unternahm einen Angriff auf Fabrikanlagen in der Lombardei. Zwei Flugzeuge drangen hierbei zur Erkundung bis Mailand vor. Ein anderes Geschwader griff die italienische Flugzeugstation und die Hafenanlagen von Desenzano am Gardasee an. Bei beiden Unternehmungen wurden zahlreiche Treffer in den Angriffsobjekten beobachtet. Trotz heftigen feindlichen Artilleriefeuers lehnten alle Flugzeuge wohlbehalten zurück.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hoefer, Feldmarschallleutnant.

Arbeiterheims, das ja gewöhnlich nur ein Quartier ist, treibt die flüchtige gewordene Jugend ins bunt bewegte Leben mit all seinen mannigfachen Gefahren. Der Mangel an erwachsenen Arbeitskräften, der leider zur Aufhebung des Jugendschutzgesetzes geführt hat, erleichtert es dem Kinde, schon in verhältnismäßig frühem Alter, oft ohne Wissen der Mutter, Geld zu verdienen, für dessen nützliche Verwendung es noch nicht erzogen ist. Die Erwerbsarbeit der Kinder muß somit nicht nur die körperliche, sondern auch die geistige und moralische Entwicklung der Jugend schädigen.

Zu nicht geringeren Bedenken gibt die durch den Krieg herbeigeführte Umdwälzung der wirtschaftlichen Lage der schulentlassenen Jugend Anlaß. Die ungünstigen Folgen der überlangen Beschäftigung und der Nachtarbeit können auch durch einen höheren Lohn nicht aufgehoben werden. Die gesundheitsschädlichen und demoralisierenden Wirkungen der Nachtarbeit auf die Jugend scheinen im allgemeinen stark unterschätzt zu werden. Sonst würde wohl gegen diese verderbliche Art der Beschäftigung jugendlicher energischer vorgegangen werden. Es ist nur natürlich, daß ein jugendlicher, wenn er des Nachts gearbeitet hat, für den erholenden Schlaf am Tage keine Ruhe findet. Um seine ermatteten Nerven zur Bewältigung der Arbeit anzuspannen, greift er zu künstlichen Reizmitteln, deren Benutzung schließlich zur Gewohnheit werden und die Gesundheit des jugendlichen nur allzu früh untergraben muß. Auch die schädliche Einwirkung der künstlichen Beleuchtung in der Nacht auf das Nervensystem darf nicht unterschätzt werden. Wer aber nicht mehr die Spannkraft seiner Nerven besitzt, vermag auch nicht den sittlichen Gefahren, die zumal in der Großstadt sich den jungen Menschen täglich aufdrängen, den erforderlichen Widerstand zu leisten. Alle schön klingenden Moralpredigten helfen da nichts.

Es hat nun nicht an Maßnahmen und Vorschlägen gefehlt, den schädlichen Wirkungen des Kriegszustandes auf die Jugend zu begegnen. In vielen Bezirken Deutschlands haben die stellvertretenden Generalkommandos Verordnungen erlassen, wonach den Jugendlichen der Genuß von Alkohol und Tabak, der Besuch von Gastwirtschaften und Kinos, ja sogar der Aufenthalt auf der Straße während der Dunkelheit verboten ist. Neuerdings wird von sogenannten Jugendfreunden ein weiterer Schritt auf diesem Wege gefordert. In dem „Ratgeber für Jugendvereinigungen“ (Heft 12, 1915) redet die Gräfin Selma von der Gröben-Hannover einem Jugendgesetz das Wort, das der Polizei die Berechtigung erteilen soll, die Jugendlichen beiderlei Geschlechts beim Eintritt der Dunkelheit nach Hause zu weisen. Und in Nr. 5 der „Allgemeinen Rundschau“, einer Wochenschrift, die dem Zentrum nahesteht, verlangt der Chefredakteur Josef Weber-Donauwörth, die Ausführung und Ueberwachung der Verordnungen, die ganz allgemein ausgebeht werden müßten, garnisondienstfähigen Militärpersonen zu übertragen. Ja, er geht noch weiter:

„Jugendliche, welche sich zu Hause oder in den Geschäften nicht fügen wollen, müßten gezwungen, daß sie unter Umständen auf Verzicht der militärischen Vertrauensleute von der Militärbehörde eingezogen werden können und in der Kaiserlichen Strafdienste leisten müßten — etwa in eigenen Jugendabteilungen. Daß diese Strafmassnahmen nicht eben so leicht gemacht würden, wäre Voraussetzung. Auch Geldbußen würden gute Wirkungen tun, zumal da viele Jugendliche viel Geld verdienen, ohne es noch zu verdienen, mit dem Gelde umzugehen. Durch Anlage einer Führungsliste, die dem Militär von Zeit zu Zeit eingereicht werden müßte und für die seitens der Eltern, Lehrern und Geschäftsinhaber Einträge in Vorschlag gebracht werden könnten, würde den Jugendlichen hilfreicher Respekt beigebracht werden. Nur auf solchen reagierten sie noch mit Untergebungen.“

Die Propaganda für die Ausdehnung und geschlechtliche Regelung der Polizeiverbote gegen die Jugend erheischt denn doch eine gründlichere Untersuchung der Frage, ob mit derartigen Mitteln der Erziehung der Jugend ein guter Dienst erwiesen werden kann. Ein Verbot, an jugendliche Tabak und Alkohol zu verkaufen, wird wohl kaum bei den Fremden der Jugend ein Bedauern auslösen. Der andere Teil der Verordnung kann aber dazu führen, daß die Jugendlichen guten erzieherischen Einflüssen entzogen werden. Die Jugendvereine sind bei ihren Veranstaltungen leider auf die Benutzung von Räumen der Gastwirtschaften angewiesen. Daß aber die Jugendbewegung einen erzieherischen Einfluß auf ihre Anhänger tatsächlich ausübt, insbesondere den Alkohol- und Tabakgenuss wirkungsvoll bekämpft, braucht wohl kaum erst noch bewiesen zu werden. Auch die gewerkschaftliche Betätigung erfordert oft die Benutzung von Lokalen der Gastwirtschaften. Sicherlich wollen jene Verordnungen eine Einschränkung der Tätigkeit der Jugend- und Gewerkschaftsbewegung nicht bezwecken. Der allgemeine Wortlaut der Verfügungen könnte aber dazu führen. Würde doch durch das Verbot des Aufenthalts der Jugendlichen auf der Straße während der Dunkelheit unsere Jugendbewegung in Chemnitz gezwungen, ihre Jugendheime an den Wochentagabenden zu schließen, da eine Aufhebung des Verbots für die Besucher der Heime abgelehnt wurde. Dazu kommt, daß die Jugendlichen durch ihre gewerbliche Arbeit unter Umständen gehindert werden, das Verbot zu befolgen. Denn die Arbeitszeit der Jugendlichen endet ja nicht mit dem Eintritt der Dunkelheit, und der Weg von der Arbeitsstätte zur Wohnung ist in den Städten oft recht lang.

Es dürfte also ohne weiteres einleuchten, daß die Verfügungen der Generalkommandos, die ja auch nicht aus erzieherischen, sondern aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung entstanden sind, keine Lösung des Problems der Erziehung der Jugend in der Kriegszeit bedeuten können. Das Uebel muß an der Wurzel gepackt werden. Zunächst ist die wirtschaftliche und soziale Lage der Jugend zu bessern. Das Verbot der Kinderarbeit muß strikte durchgeführt werden und die Schutzgesetze für die arbeitende Jugend müssen zum mindesten in dem Umfang wie in der Zeit vor dem Kriege wieder in Kraft treten. Für die vor- und schulpflichtige Jugend, die durch das Fehlen des Vaters und die Erwerbstätigkeit der Mutter ohne Obhut ist, müssen in ausreichendem Maße Kinderhorte unter weltlicher Leitung geschaffen werden, die den ganzen Tag geöffnet sind und die auch die Erziehung der Kinder zu übernehmen haben. Die Horte dürfen sich nicht auf eine Tätigkeit in geschlossenen Räumen beschränken. Sie müßten in der wärmeren Jahreszeit auch Wanderungen in die Natur mit Spielen im freien unternehmen. Auch Beschäftigungen von Museen und industriellen Anlagen wären zu empfehlen. Die Kinder müssen möglichst vielseitig beschäftigt werden. Jede Art politischer und religiöser Beeinflussung der Kinder hat schon in nächster

auf die Bestimmung der Eltern zu unterliegen. Damit die erwerbstätige Mutter sich in den Feierstunden ihren Kindern widmen kann, wäre auch die Einschränkung der häuslichen Sorgen durch Schaffung von Speiseanstalten unter kommunaler Verwaltung wünschenswert.

Für die schulentlassene Jugend müßten Jugendheime eingerichtet werden, in denen sie ihre Freistunden in harmlos-trosten Kreise Gleichgesinnter unter Anregung und Leitung geeigneter Erwachsener nützlich verbringen kann. Wohl jede Gemeinde besitzt Räumlichkeiten, die für diesen Zweck leicht wohnlich hergerichtet werden können. Der Besuch dieser Heime muß den Jugendlichen natürlich freigestellt werden, nur dann wird es einen erzieherischen Einfluß auf sie ausüben können. Das Interesse der Jugendlichen für derartige Einrichtungen wird wesentlich gehoben, wenn sie zur Mitarbeit an der Verwaltung und Leitung herangezogen werden, wie es bei den Arbeiterjugendheimen der Fall ist. Diese haben zum Unterschied von vielen von bürgerlicher Seite gegründeten Jugendheimen über einen Mangel an Besuchern nicht zu klagen. Durch Bereitstellung von geeigneten Räumen für die Jugend würde der Kampf gegen Alkohol- und Tabakgenuß wirkungsvoller unterstützt werden als durch bloße Verbote. Unterstützung mit den Mitteln der Allgemeinheit verdient auch jede Bewegung, die sich der arbeitenden Jugend annimmt. Die Gemeinden zur Erfüllung dieser wahrlich nicht unwichtigen Kriegspflichten zu veranlassen, sollten vor allem die sozialdemokratischen Gemeindevertreter als ihre Aufgabe ansehen.

Es muß auch versucht werden, die Jugend vor den psychologischen Wirkungen des Krieges zu schützen. Ganz werden sie diesen Einflüssen ja nicht entzogen werden können. Aber die Presse, die in dieser Beziehung großen Segen stiften könnte, hat bisher in dem vom politischen Standpunkte aus sehr verständlichen Bemühen, den Krieg zu fördern, der Erziehung der Jugend manchen Schaden zugefügt. Die Redakteure haben wohl im Drange der Geschäfte zu wenig bedacht, wie die Reizung des Völkerrasses, die Veranschaulichung großer Schlachten, die Glorifizierung blutiger Heldentaten auf das Gemüt der Jugend wirken müssen. Auch in der Schule ist in dieser Hinsicht von manchem Lehrer das pädagogisch zulässige Maß überschritten worden. Die in der Kriegszeit sehr gepflegte patriotische Erziehung der Schuljugend hat ganz im allgemeinen sich zu wenig bemüht, die Kinder innerlich zu erfassen. Eine auf äußerliche Wirkung eingestellte patriotische Erziehung erzeugt nur nationale Eitelkeit und Dunkel. Bei den Siegesfeiern ist dieser Erfolg ja oft genug in die Erscheinung getreten. Die Sitte, die Siege der deutschen Truppen durch Aufhebung des Unterrichts zu feiern, muß als ein pädagogischer Fehlgriff bezeichnet werden. Der Pädagoge wird diese Ereignisse als einen willkommenen Anlaß benutzen, die Kinder zur Arbeitsamkeit und zur Erfüllung der Pflichten gegenüber der Gesamtheit anzuregen, die die Grundlagen der Wohlfahrt der Gemeinschaft bilden. Durch Festschreiben werden diese Eigenschaften den Kindern nicht an-erzogen.

Es wird auch nachgerade Zeit, daß alle, die an der Erziehung der Jugend mitwirken, wieder zur Selbstbesinnung kommen und sich bemühen, die Sinne und Gedanken der Jugend von dem zerstörenden Kriegshandwerk ab- und der aufbauenden Friedensarbeit hinzulenken. In den Herzen der Kinder muß immer tiefer der Gedanke Wurzel schlagen, daß der Krieg, der schließlich doch nur aus ungebändigten Leidenschaften und Instinkten entstanden ist, ein großes Unglück für die Menschheit ist, das man nur betrauern, aber nicht verherrlichen darf.

Gründliche und verantwortliche Arbeit, die den mitwirkenden Selbstbesinnung und Mühe und der Allgemeinheit finanzielle Kosten auferlegt, ist also erforderlich, um die verheerenden Wirkungen des Krieges auf die Jugend zu befeitigen. Wer sich dieser Mitarbeit entzieht, der hat jedes Recht verliert, über die Verwahrlosung der Jugend auch nur ein Wort zu verlieren. Hier gilt es nur zu handeln oder zu schweigen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 22. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Montag nachmittag. Schwache Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien auf der gesamten Front, abgesehen nördlich von Verdun, wo die Artillerien eine gewisse Lebhaftigkeit entwickelten. Im Artois, nordwestlich der Höhe 140, versuchte der Feind ohne Erfolg zwei örtliche Angriffe mit Handgranaten. Ein Geschwader von fünf französischen Flugzeugen bombardierte feindliche Munitionsniederlagen bei Chateau Martincourt und Aoudange, sowie südwestlich und südöstlich von Dieuze. Deutsche Flugzeuge warfen diese Nacht auf Lunéville, Dombasle und Nancy einige Bomben, die indes nur geringen Schaden verursachten.

Paris, 22. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Montag abend. Im Artois ließ der Feind nördlich der Straße von Lille eine Mine springen. Ein unmittelbar darauf folgender Gegenangriff betrieb ihn von dem Trichter, dessen eine Seite wir besetzt halten. Am späten Nachmittag haben die Deutschen ein heftiges Bombardement auf unsere Gräben nordwestlich von Ebenah gerichtet, auf das unsere Batterien kräftig antworteten. Südlich der Somme hat der Feind im Abschnitt von Lihons, nachdem er zuvor auf unsere Linien ein heftiges Feuer und unaufhörliche Ströme von ersinkenden Gasen auf einer Front von 7 Kilometern gerichtet hatte, versucht, an verschiedenen Stellen die Gräben zu verlassen. Er ist aber überall durch unser Sperr- und Infanteriefeuer zurückgeschlagen worden. In der Champagne haben wir wirksam die deutschen Stellungen westlich der Straße von St. Hilaire nach St. Souplet beschossen. In den Argonnen hat ein verächtliches Feuer auf die feindlichen Werks in der Nähe der Straße nach St. Hubert mehrere Beobachtungsposten am Walde von Cheppy zerstört. Ueberall in der ganzen Gegend von Verdun zeigten sich die beiden Artillerien unablässig sehr tätig. Südlich von St. Mihiel haben wir die deutschen Stellungen im Walde von Ailly beschossen. Die Deutschen haben eine Anzahl schwerer Geschosse auf St. Die geworfen, wodurch ein Einwohner getötet und sieben verwundet wurden. Die Flugtätigkeit des Tages ist durch zahlreiche Luftkämpfe gekennzeichnet. Ueber Logendorf, östlich von Auzéville, griff eines unserer Flugzeuge aus nächster Nähe einen Fokker an und gab auf ihn 15 Schüsse ab. Der feindliche Apparat glitt auf dem rechten Flügel ab und fiel dann zu Boden. In der Gegend von Spinal wurde ein Albatros durch das Feuer unserer Artillerie in die Flucht geschlagen. In der Gegend von Bures nördlich des Waldes von Parroy wurde ein deutsches Flugzeug durch zwei der unrigen angegriffen und mußte in unseren Linien niedergehen. Der Führer und der Beobachter sind tot. Ein Geschwader von sieben französischen Flugzeugen hat vier feindlichen Flugzeugen in der Gegend von Saignes-lez-Gattonchâtel ein Ge-

schloß geliefert. Zwei von den letzteren wurden gezwungen zu landen, die beiden anderen ergriffen die Flucht. Feindliche Flugzeuge haben Piennes, Bar le Duc und Rebiigny bombardiert. In der Nähe des letzteren Punktes wurde ein feindliches Geschwader aus 15 Flugzeugen durch eines unserer Jagdgeschwader überfallen und mußte einen Kampf liefern, in dessen Verlauf ein deutsches Flugzeug bei Givry in den Argonnen niedergehen mußte. Die beiden Flieger wurden zu Gefangenen gemacht. Ein zweites feindliches Flugzeug, das verfolgt wurde, ging steil in den deutschen Linien nieder. Eine unserer Beschießungsgruppen, aus 17 Flugzeugen bestehend, hat 66 großkalibrige Geschosse auf das Flugfeld von Habbelm und auf den Altbahnhof von Rülhaußen abgeworfen. Eine andere Gruppe von 28 Flugzeugen warf zahlreiche Geschosse auf die Munitionsfabriken des Feindes in Pagny an der Mosel. Nach diesen verschiedenen Operationen sind alle unsere Flugzeuge an ihre Landungsstätten zurückgeführt. Ein Zeppelin, der sich auf dem Wege nach St. Renehould befand, wurde südlich davon durch eine Abteilung unserer Automobilschiffe aus Rebiigny abgeschossen. Von einem Brandgeschloß durchschlagen, fiel es brennend in der Umgegend von Orabant-le-ROI nieder.

Belgischer Bericht: Nichts Bedeutendes von der belgischen Front.

Die englische Meldung.

London, 21. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. 20 Flugzeuge haben die Depots von Don angegriffen und, wie man vermutet, an den Eisenbahnmagazinen außerordentlichen Schaden angerichtet. Sie sind sämtlich wohlbehalten zurückgekehrt. Die Artillerie beschoß lebhaft die Gräben bei Husuch und nördlich des Kanals von Hren nach Comines. Schwere Haubizen verursachten eine große Explosion in der Geschützstellung von Hadinghem. Feindliche Luftfahrzeuge machten einen Angriff auf verschiedene Städte in unserem Gelände. Militärischer Schaden wurde nicht angerichtet, einige Zivilpersonen wurden getötet.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 22. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 21. Februar 1916.

Westfront: Bei Schloßberg (16 Kilometer nordwestlich Dünaburg) beschoß unsere Artillerie eine größere deutsche Abteilung, die mit Arbeiten beschäftigt war. Die Deutschen schickten. Bei Flugt sprengen wir fünf Minen unterhalb von fünf deutschen Blockhäusern. Wir besetzten die durch die Explosion entstandenen Trichter. Am Besitz von zwei Trichtern entstand ein heftiger Kampf, zuletzt blieben sie in unserem Besitze. In der Nacht zum 21. warfen unsere Flieger einige Dutzend Bomben auf Stadt und Bahnhof Suczacz. Nach Abwurf einer Bombe von 16 Kilogramm wurde starke Feuer- und Rauchentwicklung beobachtet. Unser 2. Luftgeschwader warf auf den Bahnhof von Monosteryzka (15 Kilometer westlich Suczacz) zehn Bomben von 30 Kilogramm Gewicht und fünf von 80 Kilogramm. Am Anjefer, in der Gegend von Ucieczko, bereitete unser Feuer den Versuch des Gegners, sich unseren Gräben zu nähern.

Schwarzes Meer: Unsere Torpedoboote versenkten an der anatolischen Küste 13 Segelschiffe.

Kaukasus: In der Küstengegend warfen unsere Abteilungen die Türken aus ihren Stellungen am Witse-Fluß und drängten sie über den Wajus-Fluß zurück. Bei der Verfolgung des Feindes in der Gegend von Erzerum nahmen wir noch einige Hundert Kolaris gefangen. Unsere Kofalen stiegen in den Bergen mit einer türkischen Infanterie- und Artilleriekolonne zusammen, griffen sie an, zerstörten die Infanterie und erbeuteten drei Feldbatterien und zahlreiche Munitionswagen. In der Gegend von Ghinkala (Chinis) griff unsere Kavallerie eine stärkere türkische Infanterieabteilung und ein Kavallerieregiment an und warf sie zurück. Die Türken ließen viele tote auf dem Gefechtsfelde zurück, außerdem machten wir Gefangene.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 21. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Auf der ganzen Front kein Ereignis von Bedeutung. Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 22. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht: Von den verschiedenen Fronten ist keine Nachricht eingelaufen, die eine wichtige Veränderung meldet.

Die türkische Meldung über die Einnahme von Erzerum.

Konstantinopel, 22. Februar. (W. Z. V.) Amtliche türkische Mitteilung: Unsere Armee hat sich aus militärischen Rücksichten ohne Verlust in westlich von Erzerum gelegene Stellungen zurückgezogen, nachdem sie die 15 Kilometer östlich der Stadt befindlichen Stellungen sowie 50 alte Kanonen, die nicht weggeschafft werden konnten, an Ort und Stelle zerstört hatten. Die von den Russen verbreiteten phantastischen Nachrichten, wonach sie in Erzerum 1000 Kanonen erbeutet und 80 000 Gefangene gemacht hätten, widersprechen der Wahrheit. In Wirklichkeit hat, abgesehen von den in den erwähnten Stellungen vorgekommenen Kämpfen, kein Kampf in der Umgegend von Erzerum stattgefunden. Im Grunde genommen war Erzerum keine Festung, sondern eine offene Stadt. Die in der Umgebung befindlichen Forts hatten keinen militärischen Wert; aus diesem Grunde wurde es auch nicht in Erwägung gezogen, die Stadt zu halten.

Einiges über den Fall von Erzerum und den Sinn des Orientkrieges.

Als die Nachricht über den Fall von Erzerum bekanntgegeben wurde, schrieb die „Frankfurter Zeitung“ in einem Leitartikel:

„Die seit wenigen Wochen begonnene russische Offensive führt den Krieg im Orient zu seinem Ursprung zurück, der in der unbedingten Notwendigkeit der Verteidigung des türkischen Staatsgebietes lag.“

Diese Aufgabe erkennt die „Frankfurter Zeitung“ auch für den jetzigen Augenblick an:

„Jedenfalls hat die neue russische Offensive nachdrücklich gezeigt, worauf es beim Orientkrieg uns und unsern Verbündeten vor allem ankommen muß: auf die Erhaltung der Türkei im Umfang ihres bisherigen Gebietes. Dieses Ziel wird natürlich um so leichter zu erreichen sein, je stärker der Gedanke zur Geltung kommt, daß die Kampfhandlungen in der Türkei eine strategische Einheit bilden, und je weniger das türkische Gebiet während des Krieges einer feindlichen Invasion preisgegeben werden muß.“

Eine wesentlich andere Auffassung vertritt — selbstverständlich unter Ausschaltung der militärischen Gesichtspunkte — Herr Paul Harms in der Politischen Wochenschau des „Berliner

Tagesblatts“ vom 20. d. M. Die politische Bedeutung des Falles von Erzerum hängt nach seiner Auffassung „gar sehr damit zusammen, welchen Sinn man dem Krieg im ganzen und besonders dem Krieg im Südosten zukerkennen geneigt ist“. Es ist nicht uninteressant, wie Herr Harms sich über diesen „Sinn“ äußert:

„Als der Krieg im Südosten begann, wollte es uns scheinen, als umwehe uns die Luft der Genzeit, da König Wilhelm's geistige Lebenserfahrung zwischen Politik und Diplomatie den Ausblick schuf. Mancher nahm an, alle militärischen und politischen Kräfte auf unserer Seite würden zusammengefaßt, um dem einen großen Ziele zuzustreben: Mitteleuropa und seinem südöstlichen Vorlande den Zukunftsrieg nach Asien freizumachen. Man durfte sich im stillen sagen, daß durch beharrlich-unbeirrliches Vordringen auf ein scharf erfaßtes Ziel schon mehr als ein Krieg zu glücklichem Ende gebracht werden. Diese Auffassung vom Sinne des Krieges würde jede Uffassung am Rückschlage von Erzerum schwerer zu tragen haben als jede andere.“

Heute aber müssen wir uns wohl fragen: ob diese Auffassung die richtige war. Ob wir den Sinn des Krieges, damals, nicht zu weit gefaßt haben? Vielleicht kommen wir ihm doch näher, wenn wir ihn dahin verstehen: daß es sich dabei um die Zukunftswege deutscher Volkswirtschaft gar nicht gehandelt hat. Vielleicht war der Sinn des Krieges nur der: erst einmal unseren Verbündeten auf dem Balkan die Stellung zu erretten und zu festigen, die sie vor dem Kriege dort erstrebt, gegen das mit Serbien arbeitende englisch-russische Gegenpiel allein oder nicht zu halten vermochten, und die sie ohne jeden Zweifel doch haben mußten, wenn der Krieg für sie einen Sinn haben sollte.“

Wir wollen darauf nicht eingehen, ob die Zweifel des Herrn Harms berechtigt oder unberechtigt sind. Jedenfalls sind sie als Symptom der nächstern Betrachtung des Orientkrieges und als Reaktion gegen die Ueberschwänglichkeiten der letzten Monate beachtenswert. Herr Harms verheißt sich auch keineswegs, daß die Situation am Balkan und in Vorderasien in letzter Zeit ein anderes Gesicht bekommen hat:

„Engländer und Franzosen mehren ihren Besitz an griechischem Grund und Boden von Tag zu Tage, und durch den Fall von Erzerum ist den Russen der Einbruch in das türkische Armenien so überraschend gelungen, wie sich das die öffentliche Meinung vor zwei Monaten nicht hätte träumen lassen. Konstantinopel ist, dank der Tapferkeit der türkischen Verteidiger, dank der hilfreichen Tatkraft deutscher Offiziere und Mannschaften, dank dem unwiderstehlichen Vordringen deutscher, österreichischer und bulgarischer Heere auf dem Balkan, auf absehbare Zeit vor Bedrohung gesichert. Aber was hinter der Linie Saloniki—Erzerum liegt — sie zieht sich noch reichlich dicht hinter Konstantinopel vorbei —, das ist minder gesichert und verspricht es auf absehbare Zeit auch zu bleiben.“

Zu den in verschiedenen Blättern ertösenden Stimmen, es werde den Russen mit der Eroberung von Erzerum gehen wie einst mit der Eroberung von Varna, bemerkt Herr Harms:

„Es soll uns von Herzen freuen, wenn das wahr wird. Nur, sofern damit auf eine deutsche Hilfeleistung zur Vertreibung der Russen angespielt wird, möchte man doch zur Vorsicht rufen. Wir haben von Beobachtern aus nächster Nähe in letzter Zeit viel gehört von dem berechtigten Selbstgefühl der neu erfassten Türkei. Demgegenüber sollten wir doch nicht jeder Handlung auf eine dem tapferen Volke vielleicht gar nicht erwünschte Hilfe vorzüglich sein. Wir könnten das im vorliegenden Fall um so eher, als der gerechte Wunsch der Türkei, sich fortan aus eigener Kraft zu behaupten, durchaus nicht dem widerspricht, was wir in Zukunft wohl als die Nichtsagung für unsere Interessen werden anzuerkennen haben.“

Wir geben wohl kaum fehl, wenn wir zwischen dieser zur Rede mahnenden Stimme und dem dieser Tage im „Berl. Tagebl.“ veröffentlichten Bericht Dr. W. Feldmanns über den türkischen Nationalismus einen gewissen inneren Zusammenhang sehen. Dieser Stimmungsbericht eines Beobachters, der auf Grund der neuesten Entwicklungstendenzen der Türkei mit vielen überschwänglichen Erwartungen aufträt, liefert in der Tat beachtenswertes Material zur Beantwortung der Frage vom „Sinne des Krieges“ im Südosten Europas. (2)

Die Kämpfe in Mesopotamien und am Suezkanal.

London, 21. Februar. (W. Z. V.) Amtlich. Am 17. Februar und am 18. Februar wurde das britische Lager bei Kufel Amara von Flugzeugen mit Bomben besetzt, ohne daß Schaden angerichtet wurde. Die Entsendung von Verstärkungen zu General Almers' Entlastungskorps macht befehlgebende Fortschritte.

Der Oberbefehlshaber im Mittelmeer berichtet: Bei einem am 20. Februar ausgeführten Erkundungsfluge nach einem vorgeschobenen Posten des Feindes östlich des Suezkanals ging einer unserer Flieger auf 600 Fuß hinab und zerstörte durch einen Wurf mit einer hundertpfündigen Bombe die feindliche Krastation bei El Hasama.

Beschießung der kleinasiatischen Küste.

Amsterdam, 21. Februar. (W. Z. V.) Einem hiesigen Blatte zufolge meldet die „Times“ aus Mytilene, daß Gullig im Golfe von Smyrna im Wilajet Aidin und die türkischen Batterien an diesem Golf wieder heftig von den Kriegsschiffen der Alliierten beschossen wurden.

Zur Besetzung Korfus.

Wien, 22. Februar. (W. Z. V.) Der österreichisch-ungarische Konsul in Korfu, Theodor Edl, dem die Flucht vor seiner Verhaftung durch die in Korfu gelandeten Franzosen gelungen ist, ist in Wien angekommen. Er schildert in der „Zeit“ die Besetzung der Insel durch die am 10. Januar nachts 2 Uhr gelandeten französischen Truppen, die in Begleitung eines vom Vizeadmiral Choiseprat geführten Geschwaders eingetroffen waren. Ein französischer Offizier erschien wiederholt im österreichisch-ungarischen Konsulat und forderte unter Gewaltandrohung die Entferrnung der österreichisch-ungarischen Fahne. Konsul Edl weigerte sich, dem Verlangen zu entsprechen, konnte aber schließlich nicht verhindern, daß die Fahne entfernt wurde. Hierauf wurden die französischen Wachen vom Konsulat zurückgezogen. Edl konnte sich nunmehr frei bewegen. Auf dem Raft hgr dem Adlonien weht eine französische Fahne, oberhalb dieser befand sich seit längerer Zeit auf dem Flaggenmast eine deutsche Kaiserfahne, die derart befestigt war, daß die Franzosen sie nicht entfernen konnten und schließlich den Raft abließen. Den herrlichen Vorfall durchwühlten die Franzosen nach allen Richtungen auf der Suche nach verheerten Vorräten für deutsche Unterseeboote. Es ist unnötig zu sagen, daß die Franzosen kein Venzin vorfanden. Am 6. Februar gelang es Edl endlich, Korfu zu verlassen und nach einer mehrtägigen Automobil- und Bahnreise die bulgarische Grenze zu erreichen, von wo er von dem Präfecten nach Monastir gebracht wurde.

Versenkung eines englischen Dampfers.

London, 22. Februar. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. Der britische Dampfer „Dingle“ wurde versenkt. Es wurde wahrscheinlich nur ein Mann gerettet.

Zu den Kämpfen in Deutsch-Ostafrika.

London, 21. Februar. (B. L. B.) Amlich. Ueber die Operationen in Deutsch-Ostafrika meldet General Smuts: Am 18. Februar griff eine feindliche Streitmacht, bestehend aus vier Europäern und 200 eingeborenen Soldaten den Posten von Cakumba an der Grenze von Uganda an. Unser Detachement bestand aus zwei Europäern und 85 eingeborenen Soldaten. Der Feind wurde gezwungen, sich mit Verlust von vier Europäern, 53 Eingeborenen, 8 Maschinengewehren und 45 Gewehren, sowie einer Menge Munition zurückzuziehen. Wir hatten keine Verluste.

Anmerkung des B. L. B.: Ebenso wie vor kurzem der noch gar nicht nach Ostafrika gelangte General Smuts von dort Telegramme über angebliche Erfolge losließ, so scheint Herr Smuts, der vielleicht auch noch gar nicht den Boden Ostafrikas betreten hat, das Bedürfnis zu empfinden, von sich hören zu lassen. Er begehrt dabei aber leider den Fehler, etwas grob aufzuknicken.

Dah eine Abteilung von 4 Europäern und 200 eingeborenen Soldaten — also eine Kompanie — 8 Maschinengewehre mit sich geführt und diese gegenüber 2 Europäern 85 Mann sämtlich neben den übrigen Verlusten verloren haben soll, mögen dem General Smuts seine farbigen Landsleute in der Salabari glauben, von uns kann er das, nach allem, was bisher in Ostafrika vorgefallen ist, nicht verlangen.

Mit dem erwähnten Posten Cakumba ist wohl der auf der Karte als Fort Kafumbia bezeichnete, einige Kilometer nördlich des östlichen Schnittpunktes der deutsch-englischen Grenze mit dem Kagerafluß gemeint.

Zum Zusammentritt der Duma.

Die lange hinausgezogene Wiedereinberufung der Duma ist nun Wirklichkeit geworden. Gestern, am 22. d. M., ist die Duma zusammengetreten und zwar nicht, wie die Regierung ursprünglich beabsichtigte, nur für einige Sitzungen zur „Eriedigung“ des Budgets, sondern vorwiegend für eine längere Session. Die Dauer dieser Session hängt freilich nicht vom Willen der Duma ab; es können, je nachdem wie die Beziehungen zwischen Regierung und Volksvertretung sich gestalten, auch in dieser Session Ueberraschungen eintreten, wie in der verflochtenen Herbstsession, die plötzlich, laut Jarenulas, am 16. September vertagt wurde. Ginge es aber nach dem Willen der übergroßen Mehrheit der Duma, so müßte das Parlament längere Zeit tagen, um der Desorganisation der Verwaltung ein Ende zu setzen und den Kampf um die politische Macht zum Austrag zu bringen.

In dieser Beziehung knüpft die jetzige Session unmittelbar an die jah unterbrochene Herbstsession der Duma an. Der Verlauf der Begebenheiten ist noch in aller Erinnerung. Im Sommer setzte, unter dem Eindruck der Niederlagen in Galizien und Polen, eine heftige Protestbewegung gegen die „Regierung des Landesverrats“ ein. Die großen Verbände der Städte und Landschaften und die mannigfachen Kriegsindustrienausschüsse, die durch ihre Tätigkeit für die Armee, wie für die verwundeten und Flüchtlinge festen Fuß im Lande gefaßt haben, traten zu Konferenzen und Kongressen zusammen, die weitgehende politische Forderungen aufstellten. Die kapitalistische Bourgeoisie mobilisierte gleichfalls ihre Kräfte und machte der Regierung scharfe Opposition. Einige Minister, so der verhaßte Minister des Innern Maklaffow, der Justizminister Schischeglowitzow und der äußerst kompromittierte Kriegsminister Suhomlinow, wurden entlassen, und die an ihre Stelle getretenen neuen Minister beeilten sich, obwohl auch sie staatskonservativ waren, mit der liberalen „Gesellschaft“ zu fokettieren. Die Duma trat im August zusammen, in einer Situation, die für einen Kampf um die Macht recht günstig war. Ein Teil der Liberalen, und zwar besonders die gemäßigt-liberalen Progressisten, die Vertreter der Großbourgeoisie, wie auch der äußerste linke Flügel, die Sozialdemokraten und die „Arbeitergruppe“, forderten den Rücktritt der Regierung und die Einführung eines verantwortlichen Ministeriums. Die Feigheit und Kompromißsucht eines großen Teils der Liberalen bereiteten ein geschlossenes Vorgehen gegen die Regierung. Aus Furcht, „unpatriotisch“ zu erscheinen, stellten sie den Kampf gegen die Regierung zurück, um zunächst gemeinsam mit ihr für den Krieg zu arbeiten. Inzwischen bereiteten sie in Gestalt des „progressiven Bloß“ eine parlamentarische Kombination vor, um die Regierung zur Kapitulation zu zwingen. In dem Augenblick aber, wo der Bloß seine Forderungen aufstellte, hatte die Regierung — und zwar mit Hilfe der Duma — ihre Stellung so sehr gefestigt, daß sie die Volksvertretung einfach nach Hause schicken konnte. Hierzu kam noch folgendes. Der neue Minister des Innern Schowostow, der nach der Vertagung der Duma an die Stelle des liberal schillernden Uebergangministers Fürst Schicherbatorow trat, erklärte offen, daß die Regierung die Forderungen des progressiven Bloß ignorierte, weil er sich „auf keine reale Macht stütze“. Hier erwies sich die Dignität der Reaktion wiederum den Schönrednern der Opposition weit überlegen. Sie erkannten, daß die liberale Opposition zwar nach der Macht strebte, aber nicht minder die Demokratie fürchtete und deshalb in den breiten Schichten der Bevölkerung nur geringen Anhang hatte. Schon die Konzeptionen, die die Kadetten, die führenden Elemente des Bloß, den Oktoberisten und Nationalisten machten, um sie zum Mitgehen zu bewegen, konnten im Lande nur geringe Begeisterung auslösen. Der parlamentarische Schachzug der Kadetten blieb denn auch ohne nachhaltige Wirkung für den weiteren Gang der Ereignisse, obwohl die Tatsache selbst, daß die Mehrheit beider Kammern sich zur Forderung der Abdankung der Regierung und der Ernennung eines „Vertrauensministeriums“ zusammengeschlossen hatten, nicht ohne symptomatische Bedeutung war.

Zu der Zeit nach der Vertagung der Duma erwies sich der „progressive Bloß“ als ein unzuverlässiges, haltloses Gebilde, das bei jeder Prüfung in allen Ripen frachte. Wenn aber die allgemeine Stimmung des Bürgertums trotzdem scharf oppositionell blieb, so nicht infolge der politischen Aktivität des Liberalismus, dessen Kredit keineswegs zunahm, sondern dank der reaktionären Hege der sich wieder rührenden schwarzen Hundertschaften und dem zunehmenden Chaos in der Verwaltung und im Wirtschaftsleben, dem die Regierung sich mit jedem Tage weniger gewachsen fühlte. Hierzu kam die Erbitterung über das fortgesetzte Hinausziehen der Spätestens für Ende November anberaumten neuen Session der Duma und die Vertiefung der politischen, sozialen und nationalen Gegensätze im Lande, die längst schon jede Spur eines „Burgfriedens“ aus dem russischen Leben entfernt hatten. Als Ausgang aus der Sackgasse blieb schließlich, wollte man die Dinge nicht noch mehr auf die Spitze treiben, nur die Einberufung der Duma

übrig. Widerstrebend fügte sich die Regierung dieser Notwendigkeit; daß sie aber an ihrem grundsätzlichen Standpunkt noch festhält, zeigt die Ernennung des politischen Gefinnungsgenossen des abgedankten Soremskin, des Führers der Rechten im Reichsrat Stürmer zum Ministerpräsidenten. Trotz der Schwäche des „progressiven Bloß“, die seine lange Dauer zweifelhaft erscheinen läßt, kann man sich doch auf einen heftigen Kampf zwischen ihm und der Regierung gefaßt machen. Hierbei kann sich der Liberalismus mehr noch als in der vorigen Session auf die großen gesellschaftlichen Verbände stützen, die unmittelbar mit der Armee verknüpft sind und sich wenig darum kümmern, ob die Regierung sie anerkennt oder nicht. Auch der Beitritt eines Teiles der Arbeiterkraft zu den Kriegsindustrienausschüssen bedeutet — ungeachtet des ausdrücklichen Vorbehalts der meisten Arbeitervertreter, daß sie nicht zur Unterstützung des Krieges, sondern zur Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und zum Kampf für den Frieden und die internationale Verständigung in die Komitees eingetreten sind — in seiner Wirkung nach außen eine Unterstützung des Liberalismus in seinem patriotischen Kampf um die politische Macht. Inwiefern hierbei die täglich erstandene Klassenbewegung des Proletariats einen zwiespältigen, widerspruchsvollen Charakter erlangt hat, ist eine Frage für sich. Worauf es hier ankommt, ist die Feststellung der Tatsache, daß die Zersplitterung der politischen Kräfte im Lande einer größeren Organisiertheit gewichen ist, die zu der Annahme berechtigt, daß eine Aera heftiger politischer Kämpfe in Rußland heraufzieht, mit der Duma — wenn sie den Kampf um die Macht aufnehmen will, über die Duma hinweg — wenn der Liberalismus abermals, im Namen des „Patriotismus“ und im Interesse des Krieges, seinen Frieden mit der Regierung machen sollte.

Theatralische Duma-Eröffnung.

Petersburg, 22. Februar. (B. L. B.) Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Um 2 Uhr nachmittags erschien der Zar in Begleitung des Großfürsten Michael Alexandrowitsch und des Hofministers in der Duma. Am Eingange wurde er vom Dumapräsidenten, den Bureaus und allen Abgeordneten empfangen, die den Kaiser mit begeisterten Hurraufen begrüßten. Nach dem Gottesdienste richtete der Zar huldvolle Worte an die Duma, auf die der Präsident mit einer vaterländischen Ansprache erwiderte. Darauf wurde die Nationalhymne gesungen. Der Zar unterließ sich mit den Vorkämpfern und Befehlshabern der Armee und begab sich nach dem Sitzungssaal, wo Hurraufen und die Nationalhymne von neuem erklangen. Der Kaiser trug dann seinen Namen in das Goldene Buch der Ehrengäste der Duma ein und verließ das Haus unter begeisterten Zurufen.

Der neue englische Kriegskredit.

London, 21. Februar. (B. L. B.) Unterhaus. Premierminister Asquith brachte eine Kreditvorlage ein im Betrage von 420 Millionen Pfund Sterling. Hiervon fallen 120 Millionen noch in das laufende Finanzjahr und 300 Millionen Pfund Sterling in das Finanzjahr 1916, so daß sich die gesamten Kredite für 1915/16 auf 1420 Millionen Pfund Sterling und die Kredite seit Beginn des Krieges auf 2082 Millionen Pfund Sterling belaufen. Asquith sagte, man sei der Meinung gewesen, daß der im November bewilligte Kredit bis Mitte Februar reichen würde, er werde jedoch die Staatsverordnungen bis zum 10. März decken. (Beifall.)

Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

London, 21. Februar. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Schatzmeister McKenna erklärte im Unterhaus, als er im September gesagt habe, daß die Ausgaben wahrheitsgemäß fünf Millionen Pfund Sterling pro Tag betragen würden, ehe das Finanzjahr zu Ende geben würde, habe er damit sämtliche Ausgaben, auch die für den bürgerlichen Staatshaushalt und für die Schuldentilgung, gemeint. Wir sind, sagte der Schatzkanzler, nunmehr dieser Ziffer sehr nahe gekommen und werden sie am Ende des Finanzjahres erreicht haben. Man hat der Regierung vorgeworfen, daß sie nicht ausreichende Maßregeln traf, um den Kredit zu besparen und hat dabei auf den amerikanischen Wechselkurs hingewiesen. McKenna forderte das Haus auf, den amerikanischen Kurs des englischen Geldes mit dem anderer kriegsführender Nationen zu vergleichen. Augenblicklich betrage der englische Kurs 4 Dollar 76 1/2 Cents für das Pfund Sterling, das seien 10 Cents unter dem normalen Kurs von 4,86, und die Regierung wünsche nicht, daß der Kurs den normalen Stand erreiche oder darüber hinaus steige aus dem einfachen Grund, weil England dadurch, daß es den Kurs etwas unter Vari hält, die Einfuhr behindert und das Abströmen von Gold nach Amerika vermindert. Wenn man den englischen Kurs mit dem von Deutschland und Oesterreich-Ungarn vergleiche, sehe man, daß sich der englische Kredit behauptet habe. Es sei beinahe ein Wunder, wie England nach 18 Monaten Krieg fast das einzige offene Goldland der Welt sei. (Beifall.) Das englische Papiergeld könne jetzt noch an der Bank von England gegen Gold eingewechselt werden. Eslinge ihm kaum glaublich, daß der englische Kredit die schwere Probe, die er auszuhalten müßte, habe überleben können. Aber wie schwer die Probe auch gewesen sei, England habe seinen Kredit behauptet, und er zweifle nicht daran, daß er auch noch nach einem Jahre werde mitteilen können, daß der englische Kredit unerschütterlich sei.

Anmerkung des B. L. B.: Wir zweifeln an der Korrektheit der Reuters-Meldung. Die Gefahr eines Goldabflusses nach einem fremden Lande ist bekanntlich nur dann vorhanden, wenn das eigene Geld gegenüber dem fremden unter Vari steht. McKenna kann also kaum gefaßt haben, England halte den Kurs seines Geldes gegenüber dem Dollar absichtlich unter Vari, um das Abströmen von Gold nach Amerika zu verhindern. McKenna kann ferner kaum gefaßt haben, daß England fast das einzige offene Goldland der Welt sei. Wäre England noch offenes Goldland, so würde der automatische Goldabfluß die Entwertung des englischen Pfundes gegenüber dem amerikanischen Dollar und dem holländischen Gulden verhindern haben.

Einberufung der Neunzehnjährigen in England.

London, 21. Februar. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Alle unverheirateten Neunzehnjährigen sind unter die Waffen berufen worden.

Die englische Hilfe für Belgien.

London, 21. Februar. (B. L. B.) Unterhaus. In Verantwortung einer Anfrage sagte der Unterhausschatzsekretär des auswärtigen Lord Robert Cecil, die Regierung sei mit der in Belgien arbeitenden Kommission zufrieden; sie könne den genauen Betrag der britischen Privatunterstützungen für den Hilfsfonds nicht angeben. Ein Regierungsbetrag werde von der belgischen Regierung außerhalb der Anleihe der Alliierten geleistet und belaufe sich auf eine Million Sterling monatlich. Die Arbeiter, die Lohnarbeit für die Deutschen leisteten, erhielten die von der Kommission den Hilfsbedürftigen gemachte Unterstützung nicht. Die Vaterlandsliebe der belgischen Arbeiter habe alle, außer einer verhältnismäßig kleinen Zahl, trotz der angebotenen Verdienste abgehalten, für den Feind zu arbeiten.

Politische Uebersicht.

Senjurdebatte im Abgeordnetenhaus.

Am Dienstag führte das preussische Abgeordnetenhaus zunächst die Erörterung über die Lage des Handwerks zu Ende. (Ebenso wie die Abgg. Dr. Wagner (H.) und Haase (Fortfähr.) trat auch Genosse Diegnert für eine weitgehende Fürsorge für die kriegsbeschädigten Handwerker und Arbeiter ein, er ließ es jedoch nicht bei dieser Anregung bewenden, sondern besprach von größeren Gesichtspunkten aus die gesamte Lage des Handwerks, wie sie sich durch den Krieg gestaltet hat. Er betonte die katastrophale Wirkung des Krieges auf das Handwerk, schilderte die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und verlangte energisch eine Arbeitslosenunterstützung. Weiter regte er eine bessere Regelung des Lehrlingswesens an und widerlegte zahlenmäßig das so oft aufgetischte Märchen von den angeblich so hohen Löhnen der auf dem Berliner Schlachthof beschäftigten Schlächtergesellen. Treffend wies er nach, daß die Fleischteuerung auf ganz andere Ursachen zurückzuführen ist, und forderte am Schluß seiner mehr als einstündigen Ausführungen die Fortführung der Sozialpolitik während des Krieges und nach dem Kriege. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme der durch ein sozialdemokratisches Amendement verbesserten Anträge der Kommission betr. eine erhöhte Fürsorge für die kriegsbeschädigten Handwerker und Arbeiter sowie die Annahme der Anträge betr. Schaffung eines genügenden Lehrlingsersatzes und betr. stärkerer Verlichtigung der Versicherungsverbände des Handwerks bei Vergütung öffentlicher Arbeiten.

Den zweiten Teil der Sitzung füllte eine Senjurdebatte aus. Hierzu lag außer dem Kommissionsantrage auf eine mildere Handhabung der Zensur und der vereinzelten Bestimmungen ein sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes vor. Daß die Handhabung der Zensur im Verlaufe des Krieges nicht milder, sondern scharfer geworden ist, mußte selbst der Reichstagsabg. v. Jodlitz zugeben. Auch der Abg. Stull (Z.) pflichtete ihm im wesentlichen bei, forderte aber im gleichen Atemzuge die Ausdehnung der Zensur gegenüber dem Theater und der Literatur. Es scheint beinahe, als will das Zentrum jetzt unter dem Zeichen des Burgfriedens das durchsetzen, was durchzusetzen ihm bei den Kämpfen um die Leg. Heinge nicht gelungen ist.

Nachdem der Minister des Innern v. Loebell seine bekannten Preßerkasse als harmlos hinzustellen und sie zu rechtfertigen versucht hatte, kam in vorgerückter Stunde Genosse Ströbel zu Worte, der sich zunächst über die Preßerkasse verbreitete, um sodann in großem Rahmen an dem ganzen System der Zensur scharfe Kritik zu üben. Abg. v. Jodlitz, der Hüter des parlamentarischen Tons, brachte es fertig, Ströbel als Demuzianten zu bezeichnen, weil er die annerkennungswürdigen Pläne enthüllte. Aber es gelang den Anhängern einer Ausdehnung der Zensur auf das Parlament nicht, ihr Ziel voll zu erreichen. Der Präsident unterbrach den sozialdemokratischen Redner zwar wiederholt, aber dem Wunsche der Pappenheim usw., ihm das Wort zu entziehen, gab er nicht nach. Ströbel konnte seine Rede, wenn auch mit Kürzungen, beenden, und wenn er auch auf vieles verzichten mußte, um sich mit dem Beschluß des Hauses nicht in Widerspruch zu setzen, so hat er doch die wesentlichsten Momente zum Ausdruck bringen können.

Am Mittwoch soll die Debatte beendet werden. Dann folgt die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern.

Bayrische Großschiffahrtspläne.

München, 22. Februar. (B. L. B.) Der Finanzausschuß der Kammer der Reichsräte genehmigte, wie die Münchener Neuesten Nachrichten melden, die Position für das Waldeniseeprojekt. Minister Soder gab dabei der Anschauung Ausdruck, daß der Ausbau des Waldeniseerwerkes durch den Staat einerseits und die Schaffung eines Elektrizitätswerkes für das rechtsrheinische Bayern in Form eines Bayernwerkes andererseits in gutem Fortgange begriffen und zu erwarten sei, daß nach Friedensschluß in absehbarer Zeit die Wasserkraft von ganz Bayern für elektrische Kraft verwendet werden. Beim Kapitel Mainkanalisierung sprach der Minister die Ansicht aus, daß der Gedanke des Ausbaus einer Wasserstraße durch Mitteleuropa durch die jüngsten politischen Verhältnisse größte Bedeutung gewonnen habe; trage doch deren Ausführung dazu bei, den Verkehr von England unabhängig zu machen und nach Osten abzuliefern; besonders für Bayern sehe er es als sehr wichtig an, daß ein neuer Verkehrsweg mitten durch das Bayernland gehe und seinen Schwerpunkt in Bayern habe. Auch der größte Industrieort Nürnberg liege an ihm. Wäre das Projekt einer Großschiffahrtsverbindung Donau — Main — Rhein durchgeführt, so werde ferner in Frage kommen ein Anschluß an die Elbe oder Weser von Wamburg aus, so daß die Schiffarmadung der Donau bis Ulm und von da eine Verbindung mit dem Bodensee, letzteres im Zusammenhang mit der Kanalisierung des Rheins bis zum Bodensee. Die Hauptfrage sei der erfindliche Umstand, daß Bayern bei diesen Projekten nicht nur überall in Frage komme, sondern auch das Land sei, in welchem und durch welches gebaut werden müsse. Die Frage, ob mit oder ohne Reichsunterstützung, erscheine verflücht. Einwilligen genüge es, daß auch der Reichskanzler sich dem Hauptgedanken gegenüber freundlich gestellt habe.

Im Gotha'schen Landtag

stimmten die Sozialdemokraten gegen den Etat. Genosse Wolf begründete die Abstimmung in einer kurzen Erklärung. Nach Ablehnung eines vorhergehenden Antrages faßte der Landtag ferner folgende Beschlüsse:

Die herzogliche Staatsregierung wird ersucht: 1. im Bundesrat einen dringenden Antrag einzubringen, daß die Erhöhung der Preise für wichtige Lebensmittel, insbesondere der Kartoffelpreise rückgängig gemacht wird; 2. im Bundesrat einer etwa beabsichtigten Erhöhung der Preise für weitere Lebensmittel mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten; 3. darauf hinzuwirken, daß die Beschaffung anderer notwendiger Bedarfsartikel der Bevölkerung zu angemessenen Preisen gesichert werde.

Letzte Nachrichten.

Der herabgeschossene Zeppelin.

Paris, 22. Februar. (B. L. B.) Die Agence Havas meldet aus Valenciennes: Der gestern Abend gegen acht Uhr herabgeschossene Zeppelin schwebte mit abgesetzten Bläsen in einer Höhe von 1800 bis 2000 Meter und kämpfte gegen den Wind. Sobald er sich in Schräglage befand, begann die Beschickung. Eine Brandgranate durchbohrte das Luftschiff und blieb an der Seite stecken. Das Feuer verbreitete sich entlang des ganzen Luftschiffes, dessen Umriffe sich hell abzeichneten. Das Luftschiff brannte ohne hörbare Explosion und sank sodann langsam, beleuchtet von den Stücken der brennenden Hülle, die nacheinander sich abtrennten. Als der Zeppelin den Boden erreichte, explodierten die von ihm mitgeführten Bomben. Die herabgefallene Menge fand nur noch formlose Trümmer,

Gewerkschaftliches.

Anwerbung skandinavischer Arbeiter für Deutschland.

Aus Kopenhagen wird das folgende Rundschreiben an alle deutschen Arbeitgeberverbände versandt:

Bilzing.
Nordrosvvej 17 A
Kopenhagen W.

Sehr geehrte Firma!

Verschiedene deutsche Firmen und Fabriken haben hier in Kopenhagen ein Arbeiter-Nachweisedureau errichtet, welches skandinavische Arbeitskräfte nach Deutschland beschafft, und wird das Bureau von dem Unterzeichneten geleitet. Wir übernehmen es, gelehrte Arbeiter jedes Faches und jeder Branche zu verschaffen, und ist unsere Gebühr dafür Kronen 20,- pro Mann. Die Firmen und Fabriken, welche unser Bureau in Anspruch nehmen, bezahlen jedem eingestellten Arbeiter die Auslagen für Paß und eine Reise dritter Klasse zum Bestimmungs-ort im voraus, wogegen der Arbeiter sich verpflichten muß, bei der betreffenden Firma oder Fabrik mindestens zwei Monate tätig zu sein. Sollte der Arbeiter aber aus einem von ihm selbst ausgehenden Grunde seine Arbeit vor zwei Monaten verlassen, werden ihm die obigen Auslagen von seinem Lohne abgezogen. Demnach wird den Arbeitern ein Normallohn (Mindestlohn) garantiert, und ihm ein Akkord in Aussicht gestellt, wodurch er mittels seiner eigenen Tätigkeit seinen Lohn höher bringen kann.

Schließlich erlauben wir uns, zu bemerken, daß das hiesige Deutsche Generalkonsulat alle deutschen Firmen und Fabriken, welche hier in Skandinavien Arbeitskräfte suchen, an unser Bureau verweist, wie auch Referenzen von den Fabriken und Firmen, welche wir bereits bedienen, zur Verfügung stehen.

Ihrer werten eventuellen Ordre gern gewärtig, zeichne
Bilzing, Arbeiter-Nachweisedureau.

Es kann gewiß nichts schaden, wenn die Gewerkschaften von der Tätigkeit dieses bisher noch nicht genannten Arbeiternachweisedureau's Bilzing Kenntnis nehmen, weil Herr Bilzing die Vermittlung ja nicht für einen Gotteslohn macht, sondern nach dem heutigen Kursstande unseres deutschen Geldes in Kopenhagen Stück für Stück rund 30 M. für jeden vermittelten Arbeiter verlangt. Wenn auch in seinem Rundschreiben von einem „Mindestlohn“ die Rede ist, so bedeutet das noch lange nicht einen tariflichen Mindestlohn, sondern allen Anschein nach einen solchen nach freier Vereinbarung mit den angeworbenen Arbeitern. Es dürfte daher wohl im Interesse der deutschen, wie auch der dänischen Arbeiter liegen, wenn sie über die Geschäftspraktiken des Herrn Bilzing etwas Näheres erfahren.

Berlin und Umgegend.

Frauen als Metallschleiferinnen.

Wie in vielen Berufen, so hat die Frauenarbeit auch in den Metallschleifereien während der Kriegszeit ihren Einzug gehalten. Wie in einer Versammlung der Metallschleifer ausgeführt wurde, nimmt die Frauenarbeit in diesem Beruf fortgesetzt zu. Die Organisation will deshalb festzustellen suchen, unter welchen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Frauen in den Schleifereien beschäftigt werden. Das ist allerdings sehr schwierig, denn die Frauen sind nicht organisiert. Sie werden in besonderen Räumen beschäftigt, sodas eine Verbindung zwischen ihnen und den organisierten Arbeitern kaum hergestellt werden kann. — Die Arbeit in den Metallschleifereien ist wegen der Staubentwicklung so gesundheitsschädlich, daß die Metallschleifer eine der höchsten Sterblichkeitsziffern aufweisen. Wenn das schon für die Männer gilt, so hat die Arbeit für den weiblichen Organismus noch ihre besonderen Nachteile, denn beim Schleifen sitzt man in gebückter Haltung, den Unterleib zusammengepreßt, sodas die Arme auf den Knien liegen. In einigen Gegenden Oesterreichs, wo schon seit langer Zeit Frauen in Schleifereien beschäftigt werden, hat sich denn auch gezeigt, daß die Schleiferinnen keine lebensfähigen Kinder zur Welt bringen. Schon aus diesem Grunde ist zu wünschen, daß die Frauenarbeit in

der Schleiferei nur eine vorübergehende Erscheinung sein möge. Auch sonst ist die Arbeit an den Schleifsteinen, die sich mit rasender Schnelligkeit drehen, sehr gefahrdrohend. Aus diesem Grunde sollen Frauen in Berliner Schleifereien schon Unfälle erlitten haben. — Wie überall, so werden auch in der Schleiferei den Frauen geringere Löhne gezahlt als die Männer für die gleiche Arbeit erhalten. Die Arbeiter wollen deshalb Vorkehrungen treffen, daß ihre Löhne nicht durch die Frauenarbeit gedrückt werde. — Betont wurde noch, daß gegenwärtig kein Anlaß zur weiteren Einstellung von Frauen vorliegt, da zurzeit 20 bis 30 Schleifer arbeitslos sind, ein Bedarf an Arbeitskräften also durch geübte Arbeiter gedeckt werden kann.

Deutsches Reich.

Die Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Eine stark besuchte Versammlung der Bauarbeiter in Dresden nahm am Montagabend Stellung zu den Reichsarbeiterversammlungen. Sie lehnte den von den Unternehmern angebotenen Kriegszulag von 6 Pf. pro Stunde für Dresden einstimmig ab und forderte eine höhere Zulage, da die Steigerung der Lebensmittel nach einwandfreien Statistiken 70 Proz., die allgemeine Steigerung der Lebenshaltung aber 50 Proz. betrage und Dresden außerdem die teuerste Stadt im Reiche sei. Die Versammelten sind bereit, während des Krieges Opfer zu bringen, glauben aber auch, bei einer höheren Zulage dies noch in vollem Maße zu tun. Sie erwarten ein höheres Angebot auf gutlichem Wege, sind aber auch bereit, im Weigerungsfalle durch Arbeitseinstellung ihr gutes Recht zu verteidigen.

In Nordenham erklärte eine Bauarbeiterversammlung das von den Unternehmern gemachte Angebot für ungenügend, zumal die Mehrzahl der Unternehmer staatliche oder Heeresarbeiten ausführen, für welche Preise gezahlt werden, die ein höheres Angebot einfach für selbstverständlich erscheinen ließen. Die Versammlung befandte einstimmig, daß die Bauarbeiter nur einem Tarifvertrag zustimmen könnten, der eine Lohnerhöhung bringt, die einigermäßen im Vergleich zu der herrschenden Feuerung steht. Sie erklärte daher ihre Zustimmung zu der ablehnenden Stellung der Verbandseitung. Die Versammlung fordert 18 Pf. Lohnerhöhung die Stunde. Sollten die Arbeitgeber für eine solche Lohnerhöhung nicht zu haben sein, so wird auf die Tarifverneuerung verzichtet und einer vertragslosen Zeit der Vorzug gegeben.

In Wildeshausen beschäftigte sich eine Bauarbeiterversammlung ebenfalls mit den Tarifverhandlungen. Nach einem eingehenden Referat und kurzer Debatte wurde einstimmig eine Stundenlohnerhöhung von 15 Pf. verlangt. Das sei das mindeste, was der neue Vertrag bringen müsse. Auswärtige Firmen zahlten am Orte 70 Pf., also 10 Pf. pro Stunde über den Vertrag. Ein Beweis, daß der jetzige Tariflohn für die örtlichen Verhältnisse viel zu niedrig sei. Beim Neubau der Lungenheilanstalt beschäftigten die Firmen schon Frauen, weil Bauhilfsarbeiter zu dem Lohn nicht zu bekommen sind. Die Entlohnung der Frauen ist ungenügend. Die Versammlung sprach daher den Wunsch aus, daß die Tarifverneuerung diese unbilligen Zustände beseitigen möge.

Aus Industrie und Handel.

Bankrotte in den Vereinigten Staaten 1915. „Morning Post“ vom 14. Februar teilt im Handelsteil mit: Die Zahl der Bankrotte in den Vereinigten Staaten während des Jahres 1915, 19 082, überstieg sogar die bisherige Höchstzahl von 1914, 18 789. Im Verhältnis zu den bestehenden Geschäften fallierten 1,07 v. H. gegenüber 0,95 v. H. im Jahre 1914. Seit dem Jahre 1897 wurde keine so hohe Verhältniszahl erreicht. Merkwürdigweise betragen die Gesamtverbindlichkeiten der Falliten 288 400 000 Dollar gegenüber 357 100 000 Dollar im Vorjahre, so daß die zahlenmäßige Zunahme der Bankrotte augenscheinlich auf die kleineren Geschäftskreise entfiel. Am meisten hatten die Staaten im Süden und fernen Westen zu leiden infolge des Zusammenbruchs der Baumwollausfuhr und der Unterbrechung des Holzexports.

Australischer Stahl. Die „Times“ vom 7. Februar läßt sich aus Melbourne unter dem 5. Februar drucken: Ein außerordentlicher industrieller Triumph, der eine neue Epoche in der Entwicklung von Australiens Hilfsquellen eröffnet, ist durch die Erzeugung des ersten Kriegskanons in den Fabriken der

Broken Hill Proprietary Company in Newcastle, New South Wales, erzielt worden.

Der Stahl, der aus Eisenerzen der eigenen Minen der Gesellschaft erzeugt wurde, ist von dem britischen Munitionsministerium untersucht worden. Das Resultat war so gut, daß der Gesellschaft ein erster Auftrag auf 500 Tonnen Stahl zur Veranschaffung im Februar erteilt wurde. Der Stahl soll in der Munitionsfabrikation Verwendung finden.

Berichtszeitung.

Unausgeführte Schweinemast.

Mit der Lieferung von Schweinen für die Marine hatte sich am Montag das Reichsgericht in einer Strafsache gegen den Erbpächter Otto Schroeder zu beschäftigen, der vom Landgericht Rostock am 26. Oktober v. J. wegen Unterschlagung zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt, jedoch von der Anklage eines Vergehens gegen § 329 des Strafgesetzbuchs (Nichterfüllung von Lieferungsverträgen für eine Behörde) freigesprochen ist.

Der Angeklagte hat auf seinem Bestande eine Schweinemasterei. Anfang vorigen Jahres belief sich sein Bestand an Vorkütern auf 25 Markschweine, 5 Sauen, 1 Eber und 11 Ferkel. Am 16. Januar v. J. schloß die Marine-Beschaffungsstelle zu Rostock mit ihm einen Vertrag über Lieferung von 30 Schweinen, die ab 1. Juni innerhalb zweier Wochen auf Abruf lieferbar sein sollten, und deren jedes ein Mindestgewicht von 200 Pfund haben sollte. Die Marinebehörde hat das Futter für diese 30 Schweine in Gegenrechnung dem Angeklagten geliefert. Der Angeklagte hat 50 Zentner der ihm von der Marine-Beschaffungsstelle zwecks Fütterung der bestellten 30 Schweine nicht für diese verwandt, sondern als Futter für sein anderes Vieh. Da das gelieferte Futter einen Teil des Marktpreises darstellte, und bei vertragsmäßiger Lieferung der Schweine in Anrechnung gebracht wurde, so war es Eigentum der Marinebehörde geblieben bis der Angeklagte die Schweine geliefert hatte. Da letzteres nicht geschah, so hatte sich der Angeklagte durch die Verfütterung der Getreide an seine Tiere der Unterschlagung schuldig gemacht. Der Angeklagte ist zur vertragsmäßigen Lieferung der Schweine nicht in der Lage gewesen, vielmehr wogen die Tiere, als anfangs Juni die ersten abgenommen werden sollten, diese nicht 200 Pfund, sondern durchschnittlich nur 140 Pfund das Stück. Der Angeklagte hatte also den Lieferungsvertrag nicht erfüllt. Deshalb sollte er sich auch eines Vergehens gegen § 329 des Strafgesetzbuchs schuldig gemacht haben. Das Gericht hat jedoch in diesem Punkte den Angeklagten freigesprochen. Denn es sah in erster Linie als erwiesen an, daß von einer absichtlichen Nichterfüllung des Lieferungsvertrages keine Rede sein könne; aber auch fahrlässiges Verschulden hat das Gericht verneint, da der Angeklagte die Absicht gehabt hat, später Futter nachzukaufen und dadurch den Mangel an der von der Marine gelieferten Getreide zu ersetzen, so daß die zu liefernden 30 Schweine noch rechtzeitig das vorgeschriebene Gewicht erhielten. Da er dazu nicht würde imstande sein können, damit habe der Angeklagte nicht rechnen können. Gegen das Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt, insofern der Angeklagte von einem fahrlässigen Vergehen gegen § 329 des Strafgesetzbuchs freigesprochen worden ist. Das Reichsgericht verwarf indessen die Revision, weil die Vorinstanz eingehend auch die Frage der Fahrlässigkeit geprüft und ohne Rechtsirrtum verneint habe.

Milchplankerei.

Das Dresdener Landgericht verurteilte zwei Milchhändler wegen Milchverfälschung, und zwar den Hauptschuldigen zu sechs Wochen Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, den anderen zu zehn Tagen Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe. Ein Richter wurde wegen Beihilfe zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Milchhändler hatten von der Milch ein erhebliches Quantum Sahne abgeschöpft, den Rest aber als Vollmilch verkauft.

Die Freie Turnerschaft Reußlän-Brick veranstaltet am nächsten Sonntag zusammen mit der Jugendvereinigung Sportfreunde Reußlän eine Winterpartie nach Genua, Restaurant Sportbar (Bahnhof). Abfahrt nach 12.55 vom Bahnhof Reußlän über Treptow nach Adershof. Von dort mit Ruß durch die Grünauer Forst.

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
7 1/2 Uhr: Faust I.
Donnerstag: Der Biberpelz.
Kammerspiele.
8 Uhr: Der Weibsteufel.
Donnerstag: Gyges und sein Ring.
(In der Neuenstudierang.)
Vollst. Bühne. Theater a. Bülowpl.
8 1/2 Uhr: Fuhrmann Henschel.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Baronsky.
8 Uhr: Die gutgeschmittenen Ecken.
Donnerstag: Peer Gynt.
Freitag: Die gutgeschmittenen Ecken.
Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Die selbige Exzellenz.

Jedermann
wer bisher nicht Gelegenheit hatte,
muß
sich beeilen, die nächsten
Februar-Nummern zu
sehen
und freut sich noch immer an
Ein Wintermärchen.
Noch nie dagewesener
großer Erfolg!!!
Vorverkauf ab 10 U. a. f. Sonnab. u.
Sonnab. Nachm. immer ab Donnerst.

Rose-Theater.
8 Uhr: Der Hochtourist.
Sonnabend nachm.: 1001 Nacht.
Walhalla-Theater.
4 Uhr: Scherwittchen.
8 Uhr: Grigri.

Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin
C 54, Sophienstraße 6.
Bekanntmachung.
Auf Antrag des Kassenvorstandes hat das Versicherungsamte der Stadt Berlin in der Sitzung vom 14. Februar 1916 beschlossen:
„Die im § 19 Ziffer 3 der Kassensatzung bezeichnete Mehrleistung ist vom Montag, den 6. März 1916, ab wieder zu gewähren.“
Berlin, den 23. Februar 1916. 2965
Der Vorstand.
Aug. Daehne, Vorsitzender. R. Freund, Schriftführer.

Theater i. d. Königgrätzerstraße
8 Uhr: Kameraden.
Komödienhaus
8 1/2 Uhr: Die rätselhafte Frau
Berliner Theat.
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
4 Uhr (halbe Preise):
Kurland u. die Danafront.
8 Uhr: Aegypten, der Suezkanal und der Weltkrieg.
Hörspiel 8 Uhr: Dr. W. Berndt: Der Verfall und Untergang des menschlichen Individuums in vergleichend biologischer Hinsicht.

Admiralspalast
Eis-Arena
Großes
Eis-Ballett.
7 1/2 Uhr. 2, 3, 4 H.
Vorzügliche Küche!
Heute
Nachmittags-Konzert
in der Eis-Arena. 1.30 M.

Reichshallen-Theater.
Zum Schluß:
„Die von der Emden.“
Für Militärpersonen freier Eintritt zu den Stett. Sängern.
Anfang 8 Uhr.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Großes Konzert**
Berliner Konzerthaus-Orchester
Leiter: Komponist Franz v. Blon.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
Freitag, den 25. d. Gr. Konzert
veranstaltet zum Besten der Freiwilligen Sanitäts-Kolonnen vom Roten Kreuz Berlin.

Theater für Mittwoch, d. 23. Februar.
Deutsches Opernhaus Charlottbg.
8 Uhr: Rigoletto.
Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater.
8 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Gobr. **Herrnfeld-Theater**
8 Uhr: Sokrates und Perlmutter.

Montis Operetten-Theater
8 Uhr: Der Sterngucker.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Der G'wissenswurm.
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: Rosmersholm.

Wintergarten
Die schöne Komödiantin
Operette in 1 Akt
v. Eugen Burg u. Louis Tauscher.
Musik von Leo Ascher.
Mitwirkende:
Elsa Berna — Lotte Werkmeister
v. Thalia Theater a. G.
Gustav Matzner — Heinrich Peer
Julius Spielmann.
Außerdem:
Clotilde von Darp
Tänze
sowie der
reichhaltige
Februar-Spielplan.

Palast
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr.
Das gr. Fehrbur-Programm!
H. Wulfs Hleg. Kunde
Joseph Plaut!
Morgensterne Landsturm usw.
12 zugkräftige Nummern 12

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Quete Mittwoch, den 23. Februar:
Das kemooste Haupt
oder: Der lange Israel.
Schauspiel in 4 Akten
von Rodrich Benedix.
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Possen-Theater
Lanienstraße, a. d. Friedrichstr.
8 1/2 Uhr:
Kobis Abenteuer
Der große Augenblick
mit Leonhard Haackel
und Siegfried Berisch

Kleines Theater.
8 Uhr: Münchhausen.
Komische Oper.
8 Uhr: Jung muß man sein
Lustspielhaus.
8 1/2 Uhr: Der Gatte des Fräuleins.
Metropol-Theater
(Maria Theresia).
8 Uhr: Die Kaiserin
Residenz-Theater
8 1/2 Uhr: Loge No. 7

Thalia-Theater.
8 Uhr: Drei Paar Schuhe.
Theater am Nollendorfpf.
8 1/2 Uhr: Fidello.
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!
Theater des Westens
8 Uhr: Das Fräulein vom Amt.
mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater.
8 1/2 Uhr: Verheiratete Junggesellen.

Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
„Die von der Emden.“
Für Militärpersonen freier Eintritt zu den Stett. Sängern.
Anfang 8 Uhr.

Palast
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr.
Das gr. Fehrbur-Programm!
H. Wulfs Hleg. Kunde
Joseph Plaut!
Morgensterne Landsturm usw.
12 zugkräftige Nummern 12

itesser
Viel, auch die hartnäckigsten, fettglänzende, grobporige Haut und sonstige Hautunreinigkeiten werden am sichersten durch meine seit fast 25 Jahren bewährten Spezialmittel beseitigt. 2,60 M. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.
Für Feldsoldaten!
Deutsch-Polnisch 15 Pf.
Deutsch-Französisch 15 Pf.
Durchführung Tinsels.

Luisen-Theater.
Täglich 8 1/2 — Sonntags 8 Uhr:
Charlotte Klinger
Mittwoch 4 Uhr: Struwwelpeter.
Sonntag 8 Uhr:
Die Allwürden.

Casino-Theater
Vorbringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr:
Nur noch bis 2. März
der Poffenschlager
Was machte nu?
Ab 3. März ein neues
Vollstück.
Sonntag 4 Uhr: Ihr Gottlieb.

Palast
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr.
Das gr. Fehrbur-Programm!
H. Wulfs Hleg. Kunde
Joseph Plaut!
Morgensterne Landsturm usw.
12 zugkräftige Nummern 12

Palast
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr.
Das gr. Fehrbur-Programm!
H. Wulfs Hleg. Kunde
Joseph Plaut!
Morgensterne Landsturm usw.
12 zugkräftige Nummern 12

Jogal
Wichtiger und Rheumatiker
leben einstimmig die rasche und sichere
Befreiung der Jogal-Tabletten.
Nervlich glänzend bezeugt. In allen
Apotheken zu M. 1.40 und M. 3.50

Wirtschaftliche Fragen und Zensur.

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung. Dienstag, den 22. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Sydow.

Die zweite Beratung des Stats wird bei der Besprechung über

die Lage des Handwerks

fortgesetzt.

Hdg. Wagner (Freil.)

erklärt das Unverständnis seiner Freunde mit den vorkliegenden Anträgen und betont insbesondere, daß die Verhältnisse, die danach dem Handwerk gewährt werden sollen, dem Angriff der Gläubiger entzogen werden müßten. Selbstverständlich sollten auch kriegsbeschädigte Gesellen und Arbeiter unterstützt werden.

Hdg. Haase (Sp.)

wünscht schnelle Abrechnung bei Militärleistungen des Handwerks und Entlassung beschränkt garnisondienstfähiger Handwerker. Bedauerlich ist, daß die Handwerker vielfach zu engstirnig sind, sich zu Genossenschaften zusammen zu schließen. Wären sie Lieferungsverbände, so werden sie auch mehr bei größeren Aufträgen berücksichtigt werden. Dem Antrag Braun stimmen wir selbstverständlich zu; wir haben so wie so bei „Handwerkern“, die als kriegsbeschädigte unterstützt werden sollen, nicht nur an selbständige Handwerker, sondern an alle im Handwerk Tätigen gedacht. Wir verlangen in einem weiteren Antrag, daß auch Meister, die ihre Verschämung infolge der Kriegsverhältnisse haben aufgeben müssen, bei Vergütung geeigneter Stellen berücksichtigt werden. Das Handwerk mit seinen 9 Millionen Angehörigen darf nicht untergehen, es muß ihm die Möglichkeit geboten werden, nach dem Kriege wieder aufzukommen. (Bravo.)

Hdg. Seinert (Soz.)

Auf den Mittelstand und das Handwerk hat der Krieg im Gegensatz zu den Verhältnissen der Industrie geradezu katastrophal gewirkt. Im Bauhandwerk hat sich die Lage des Handwerks besonders ungünstig gestaltet. Die Arbeitslosigkeit nimmt immer mehr zu. Die Regierung sollte diesen Erscheinungen größte Aufmerksamkeit widmen, und sollte alles zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit tun. Wir verlangen, daß sie schon jetzt Anweisungen erteilt, um die Durchführung der Arbeitslosenversicherung zu ermöglichen. Infolge der vielfachen technischen Fortschritte während des Krieges wird das Handwerk immer weniger konkurrenzfähig. Daher zeigt sich auch bei den kriegsbeschädigten Handwerkern das Streben, lieber irgendeine wenn auch gering bezahlte Beamtenstellung bei der Post, Telegraphie usw. zu erhalten, in der sie für ihr Leben versorgt sind, weil eben die Aussichten für das Handwerk immer unangünstiger werden. Sehr schwierig wird auch die Beschaffung von Kredit für die Handwerker sein, denn was an Waren und Maschinen vorhanden ist, ist meist so geringwertig, daß darauf sich große Leistungen nicht erheben lassen. Man sollte dem Handwerk nicht allzu große Hoffnungen in dieser Beziehung erwecken, sondern immer wieder betonen, daß das Handwerk nach wie vor auf die Selbsthilfe angewiesen sein wird.

Wir halten es für selbstverständlich, daß alle die durch den Krieg um Arbeit gebracht worden sind, unterstützt werden müssen. Das gilt nicht nur für die Handwerker, sondern auch für die Arbeiter. Wir werden nach dem Kriege um die

Arbeitslosenversicherung

eden nicht herumkommen. Man hat gewünscht, die Regierung solle dafür sorgen, daß dem Handwerk mehr Beihilfen zugeführt werden. Ein Zwang kann natürlich in dieser Richtung nicht ausgeübt werden. Es könnte sich höchstens um eine bessere Regelung des Lehrlingswesens handeln in bezug auf die Arbeitszeit, die Löhne und die Möglichkeit der Fortbildung. Vor allem muß die Lehrlingsausbeutung im Handwerk verschwinden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Hammer hat in den Lieferungsverbänden das Heil für das Handwerk. Sie sollen gewissermaßen die Wiedergeburt des gesamten Handwerks bringen. Ich bin da etwas skeptischer. Die Verhältnisse während des Krieges waren für solche Lieferungsverbände besonders günstig; es ist nur ein geringer Teil von Handwerkermeistern noch vorhanden, und es handelt sich um Waffenaufträge, die dann sehr wohl auf die wenigen Handwerkermeister verteilt werden können. Später im Frieden aber werden die viel geringeren Aufträge auf einen viel größeren Kreis von Unternehmern verteilt werden müssen, und es werden dann die Aufträge nicht mehr wie jetzt von der Militärverwaltung zu festgesetzten Preisen herausgegeben, sondern die Lieferungsverbände werden in Konkurrenz treten müssen mit der Industrie und ihrer fortgeschrittenen Technik. Also ich sehe in den Lieferungsverbänden kein Alibi, ich sehe ihnen ungeheure Schwierigkeiten entgegen. Schon im Frieden sind Staats- und Gemeindeforderungen immer an große Firmen vergeben worden, das wird auch in Zukunft nicht anders sein, und die Lieferungsverbände haben nicht das nötige Kapital zur Ausführung großer Lieferungen.

Es ist im Laufe der Debatte davon gesprochen worden, daß die Schlächtergesellen auf dem Berliner Schlachthof Verdienste von 80-100 M. pro Tag gehabt hätten und daß die Hausfrauen gefagt hätten, sie müßten nur, wo die Ursache der Fleischsteuer zu suchen sei. In der Presse hat man bei den Erörterungen hierüber auch die Aufforderung gelesen: Man schide die 12-Partiprogen, wie sie genannt wurden, einmal in die Schlächtergräben und lasse einige hundert Fleischergesellen von dort frei, die werden dann gern für 50 M. die Woche arbeiten. Ich erhebe entschieden gegen eine solche Auffassung Einspruch, als ob die

Staziehung zum Militär eine Strafe

sei. Im übrigen kann keine Rede davon sein, daß die Löhne der Schlächtergesellen irgendwie das Maß der Verdienste hätten und es sind auch gar nicht Löhne in dieser Weise gezahlt worden. Die Herren, die darüber gesprochen haben, hätten sich besser orientieren müssen. Es handelt sich bei diesen Löhnen um sogenannte Kopfschlächter. Auf jedem Schlachthof sind Unternehmer, die für andere Schlächtermeister schlachten. Sie bekommen für das Schlachten des Schweines einen bestimmten Betrag, meist 1 M. Als nun die Rassenfischlaichungen im vorigen Frühjahr befohlen worden sind, richtete die Zahl dieser Unternehmer nicht aus, und deshalb mußten die Konsumfabriken sich besondere Kopfschlächter suchen. Diese haben sie nun denselben Betrag gezahlt, den sie an die Unternehmer sonst auszahlten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Gesellen, die dann Kolonnen gebildet haben, haben dabei erst gesehen, was für ungeheures Geld von solchen Unternehmern verdient wird, die ihren Gesellen sehr wenig bezahlen. Diese Kopfschlächter haben natürlich ihre Kollegen viel besser bezahlt. Sie sind gewissermaßen Unternehmer im Kleinen und haben ihren Unternehmergewinn nicht allein in die Tasche gesteckt, sondern mit den Gesellen geteilt. Dabei kann es ja vorgekommen sein, daß

auch mal 50 M. pro Tag gezahlt worden sind, aber doch nur an Schlachttagen; am nächsten Tage haben dann die Leute die Nacharbeit machen müssen, die nach dem Schlachten unbedingt notwendig ist. Es handelt sich hier um Spezialarbeiter, die in jedem Beruf mehr verdienen, die dafür aber auch nur zu tun haben, wenn die Spezialarbeit gerade gebraucht wird. Es ist bedauerlich, daß dieses Märchen noch jetzt, nachdem die Sache längst vorüber ist, kolportiert wird, obgleich der Verband der Schlächtergesellen die Sache schon im September v. J. zurückgewiesen hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Fleischverwertung ist auf ganz andere Ursachen zurückzuführen. Ich erinnere an die hohen Dividenden der Fleischwarenfabriken. Eine solche Fabrik zahlt 30 Proz. Dividende und zahlt ihre Arbeiterinnen mit Löhnen von 16 und 18 M. ab. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Que hat so auch schon auf den parasitären Handel, den nicht notwendigen Handel, hingewiesen, der zur Verteuerung der Lebensmittel beiträgt. Die Schlächtergesellen haben von 5 Uhr bis abends 11 ohne Pause zu arbeiten, ihre Arbeit ist mindestens so schwer wie die derjenigen, die durch den Handel Hunderttausende verdient haben, oder gar der, die allem durch Höchstpreise für Pfeffer, Gerste und Roggen Millionen verdient haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was die Unterstützung der Kriegsbeschädigten anlangt, so darf dabei natürlich nicht nur ein besonderer Stand für die Unterstützungen in Frage kommen. Der Minister hat ja gestern erheitlicherweise auch von den Kriegsbeschädigten ganz allgemein gesprochen. Diese ganze Frage hätte eigentlich als besonderer Punkt zur Behandlung kommen müssen. Wenn die Fortschrittler beantragen, daß auch die Eheingekleideten, die ergebnislos geworden sind, dieselben Vergünstigungen erhalten wie die Kriegsbeschädigten, so kann man das natürlich auch nicht auf die Handwerker beschränken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In dem Bentrumsantrag ist dann auch eine Frage angeregt, die eine eingehende Behandlung notwendig macht, die Frage der Arbeitsnachweise. Sie ist so ungeheuer wichtig, daß wir sie beim Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung gründlich für sich allein behandeln sollten. Eine

gesetzliche Regelung der Arbeitsnachweisfrage

ist dringend notwendig mit Rücksicht auf die nach dem Kriege aus dem Felde Heimkehrenden. Der Staatssekretär Delbrück hat selber die gesetzliche Regelung abgelehnt und hat erklärt, daß wo sich Mühsal herausbilden, das Arbeitsnachweiswesen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes durch den Bundesrat geregelt werden soll. Wie notwendig aber die Regelung der Frage ist, beweist zum Beispiel, daß in Preußen von 888 Gemeininden mit über zehntausend Einwohnern nur 88 einen gemeindlichen Arbeitsnachweis haben. Die Militärverwaltung ist auch auf diesem Gebiete etwas einsichtiger geworden. Der Oberbefehlshaber in den Marken hat in den letzten Tagen eine Verordnung erlassen über die Meldung der Zahl der Arbeitslosigkeiten und der offenen Stellen. Eine solche Einrichtung läßt sich natürlich auch für ganz Preußen schaffen. Die sämtlichen Gewerkschaften, die freien wie die Christlich-Sozialen und Christlichen, haben in einer Eingabe an die Regierung die Schaffung von Arbeitsämtern und die Regelung des Arbeitsnachweiswesens gefordert, um die Zersplitterung auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen. Das muß aber schon während des Krieges geschehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es handelt sich darum, Millionen von Unterstützungsgebern zu sparen und Hunderttausende von Arbeitern rechtzeitig in geeignete Arbeitsstellen unterzubringen. Aber da verlangt die Regierung. Sie will offenbar nicht die Unternehmernachweise beseitigen, die ja in der Hauptsache Maßregelungsbehörden sind. Wir protestieren dagegen, daß die Regierung in dieser wichtigen Frage vor den Wünschen der Arbeitergeher zurückbleibt. Die Gewerkschaften fordern paritätische Arbeitsnachweise, also solche, die dem Kampfstandpunkt völlig entzückt sind. Da müßten natürlich die Unternehmer im Interesse der Gesamtheit auf ihre Arbeitsnachweise verzichten. Vor allem wird es notwendig sein, daß nach dem Kriege alle offenen Stellen mit einheimischen Arbeitern besetzt werden. Oder soll es nach dem Kriege jedem Agenten gestattet sein, ausländische Arbeiter als billige Konkurrenten für die deutschen Arbeiter heranzuziehen? Das würde außerdem auch noch unsere ganze Arbeit für die Kriegsbeschädigten illusorisch machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Kriegsbeschädigten müssen die Sicherheit haben, daß die Versprechungen, die ihnen jetzt in bezug auf ihre Anstellung gemacht werden, nicht nach einigen Jahren wieder vergessen werden zugunsten billiger ausländischer Arbeiter. Der Minister des Innern sollte sich einmal das System der Feldarbeiterzentrale ansehen und unter diesem Gesichtspunkte prüfen, ob sie auch nach dem Kriege so weiter zur Vermittlung von Arbeitskräften dienen soll, wie bisher zum Schaden der Arbeiter. Staatssekretär Delbrück hat erklärt, er betrachte es als Ehrenpflicht des Reiches, während des Krieges Sozialpolitik zu treiben. Offensichtlich steht die preussische Staatsregierung auf demselben Standpunkt. Das größte sozialpolitische Werk ist schließlich die Regelung der Arbeitsnachweisfrage auf einer Grundlage, die den Arbeitsnachweis dem Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer völlig entzückt.

Es ist hier von verschiedenen Rednern der großen Opfer gedacht worden, die die Frauen in Landwirtschaft, Industrie und Handel und auch im Handwerk gebracht haben. Ich meine, wir haben auch Ursache, den Hunderttausenden von Arbeiterfrauen unseren Dank auszusprechen. Nur ihrer aufopferungsvollen Tätigkeit, ihrem stillen Heldentum ist es zu verdanken, daß das Wirtschaftleben aufrecht erhalten werden konnte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese aufopferungsvolle Arbeit der Frauen, die oft Arbeiten übernommen haben, für die ihr Organismus gar nicht geeignet ist, muß belohnt werden durch eine erfolgreiche Fortsetzung der Sozialpolitik. Preußen sollte hierin allen anderen Bundesstaaten vorangehen, es sollte die Reichsregierung voranschicken, damit im Interesse der Gesamtheit und im Interesse der Arbeiterklasse die Sozialpolitik während des Krieges nicht stockt und auch nach dem Kriege weiter geführt wird. (Lebhafter Beifall links.) Ein Schlussantrag wird angenommen.

Die Anträge der Subkommission werden mit unwesentlichen Änderungen angenommen, einstimmig angenommen wird der Antrag Braun (Soz.) auf Unterstützung auch der kriegsbeschädigten Arbeiter, sowie der Antrag des Zentrums auf Unterstützung kriegsbeschädigter Handwerker.

Es folgt die Aussprache über die auf den Krieg bezüglichen allgemeinen Fragen politischer Natur.

Ausgeschlossen ist dabei die Erörterung aller auswärtigen Angelegenheiten. Die Haushaltskommission beantragt, die Regierung möge dahin wirken, daß erstens fortan von den Militärbehörden die Pressefreiheit und das Vereins- und Versammlungsgesetz nur soweit beschränkt werden, als dies im Interesse siegreicher Kriegsführung unbedingt geboten ist, zweitens insbesondere die Erörterung der allgemeinen Richtlinien unserer Friedensziele unmisslich freigegeben wird, drittens die für die gleichmäßige Handhabung der Zensur getroffenen Einrichtungen wirksamer gestaltet werden und viertens für die Einwirkung von Zivilbehörden auf die Handhabung der Zensur von dem Minister des Innern und den sonstigen Zentralbehörden die Verantwortung übernommen wird.

Berichterstatter der Kommission Frhr. v. Beldig (St.):

Uebereinstimmung herrschte in der Kommission darüber, daß während des Krieges das Gesetz über den Belagerungszustand nicht geändert werden kann. Die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Maßnahmen der Militärbehörden auf wirtschaftlichem Gebiete sind meist angenehm empfunden worden, Maßnahmen wie die Beschränkung der Berliner Polizeistunde auf 1 Uhr könnten mit Nutzen in die Friedenszeit übernommen werden. (Zustimmung.) Dagegen sind zahlreiche Beschwerden laut geworden über die Beschränkung der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift. Bei der Einschränkung der Versammlungsfreiheit ist unangenehm empfunden worden, daß Nebenher zur Zensur geschickt werden müssen, in einem Falle sogar eine Woche vor der Versammlung. (Hört! hört!) Besonders wandte man sich gegen die Präventivzensur und gegen das völlige Verbot von Zeitungen. Die Handhabung der Zensur ist nicht milder, sondern härter geworden. — Es sind stets mehr und mehr rein politische Angelegenheiten als militärische Angelegenheiten angesehen und damit der Präventivzensur unterworfen worden. Auch innerhalb der Zensurbehörde selbst ist man über die Grenze zwischen politischen und militärischen Angelegenheiten nicht ganz sicher. Ist es doch vorgekommen, daß ein Artikel, von der Zensur mit dem Stempel „keine militärische Angelegenheit“ versehen und als er gedruckt wurde, die Zeitung gefragt worden ist, weshalb sie diesen Artikel nicht zur Zensur geschickt habe. (Hört! hört!) In einer Zusammenkunft der Presse ist von einem Redakteur des „Vorwärts“, der selbst von der Präventivzensur betroffen war, kargelegt worden, daß die Art, wie die Präventivzensur heute durchgeführt wird, mit den Anforderungen, die heute an die Tagespresse gestellt werden, einfach unvereinbar ist, sodas sie tatsächlich dazu führen kann, einer Zeitung

das Erscheinen unmöglich zu machen.

Sie wird oft verhängt, ohne daß der Verstrafte gehört wird oder ihm ein Rechtsmittel zur Verfügung stünde. Deshalb fordert die Kommission, daß die Zensur darauf beschränkt wird, dafür zu sorgen, daß nichts geschieht, was unserer siegreichen Kriegsführung abträglich sein oder den starken Siegeswillen der Bevölkerung beeinträchtigen könnte. Die Erörterung der Friedensziele wird der Tagespresse in steigendem Maße verboten. Die Kommission hat die Befürchtung, daß diese Erörterung erst freigegeben wird, wenn der Volkswille nicht mehr geltend gemacht werden kann. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß jetzt schon Friedensverhandlungen in Montenegro schweben, und daß es nicht ausgeschlossen sei, daß der Krieg seinem Ende entgegen geht. Zu unserem Volke könne man das Vertrauen haben, daß eine freigegebene Kriegszieleerörterung die Kriegsführung nicht schädigen werde. Der Minister des Innern meinte, daß das deutsche Volk sei wenig politisch, daher sei die Freigabe bedenklich. Die Mehrheit der Kommission konnte diese Ausführungen nicht als begründet ansehen. Die große Zeit hat unser Volk politisch reif gemacht. Die Zensur behandelt mit besonderer Schärfe die Richtungen, die in der Kriegszielefrage entweder auf dem nationalsten oder auf passivem Standpunkt stehen. Die in der Mitte Stehenden erfreuen sich größerer Freiheit, z. B. das „Verl. Tageblatt“, (Stimmliches Hört! hört! rechts.) Die Berliner Pressekonferenzen im Reichstagsgebäude dienen eigentlich nur dazu,

Einschränkungen der Pressefreiheit anzuordnen,

für die man sich heute, schriftliche Verbote zu erlassen. Andererseits sind Mittelungen, die dort gemacht wurden, sogar ins feindliche Ausland gelangt. (Hört! hört!) Die Zensurkritik über den Handelskrieg, die vertraulich mitgeteilt wurde, ist inhaltlich von einem beteiligten Journalisten sofort an die amerikanische Botschaft weiter mitgeteilt worden. (Lebhafter Hört! hört! rechts.) Die Regierung hat alles Interesse, berechtigten Beschwerden über die Handhabung der Zensur abzuhelfen, denn sie wird sich doch darüber nicht täuschen, daß sonst die Grenzen bei dem kommenden Reichsgesetz über den Belagerungszustand um so enger gezogen werden. Vom Auswärtigen Amt und von der Nachrichtenstelle des Reichsmarineamts sind Dinge verboten worden, deren Veröffentlichung das Oberkommando in den Marken vorbehaltlich bereits gestattet hatte. Nun, die Vervielfachung dieser Tätigkeiten des Auswärtigen Amtes gehört ja vor den Reichstag. (Sehr richtig! und Hört! hört!) — In der Presse ist gesagt worden, daß der Reichszentralrat aus der deutschen Presse nicht ein mächtiges Instrument zu machen verstanden hat, daß die Leitung der Staatsgeschäfte als ein Monopol der Regierung angesehen und jede noch so vaterländische Meinungsäußerung als unbedeutende Einmischung angesehen ist. Mag man aber die innere und äußere Politik während des Krieges denken wie immer; sicher ist, daß die Behandlung der Presse und der freien Meinungsäußerung in Wort und Bild kaum vereinbar ist mit der Größe unserer Zeit, mit der herrlichen Entwicklung unseres nationalen Lebens, mit der Vaterlandsliebe, die uns instand gesetzt hat, die höchste sittliche Kraft zu erreichen, die uns befähigt, einer Welt in Waffen siegreich zu treten. (Sehr richtig!) Ein Volk, dem man mit Recht ein solches Zeugnis ausstellen kann, braucht man nicht mit ängstlichem Mißtrauen zu behandeln, das beinahe an die Zeit vor 1848, an die Zeit des „heiligsten Untertanenverstandes“ erinnert. Solches Vertrauen zu unserem Volk und freie Meinungsäußerung könnten starke Verbündete unserer Kriegsführung sein. (Lebhafter Beifall.)

Hdg. Stull (Z.):

Nach Beendigung des Krieges muß ein Gesetz über den Belagerungszustand geschaffen werden. Das Kriegspresseamt bedingt die Zensur immer weiter aus. Die politische Zensur widerspricht dem bei Kriegsbeginn gegebenen Versprechen des Reichszentralrats. Es geht ihr wie so oft, daß die unteren Behörden die Absichten der Zentralbehörde nicht ausführen. (Sehr richtig!) Zu Zensoren sollten nur wirklich geeignete und befähigte Männer bestimmt werden. Wegen die Koebelischen Erlasse, die einen Teil der Presse zum Sprachrohr der Regierung machen wollen, wäre an sich nichts einzuwenden, denn das Volk weiß häufig nicht, was die Regierung will. (Weiterleit. — Hdg. Ad. Hoffmann (Soz.): Das weiß die Regierung auch selbst nicht! — Erneute Weiterleit.) Aber die Art, wie die Erlasse das machen wollen, vor allem die Bezugnahme auf die Wahlen, weisen wir zurück. Nach dem Erlaß sollte hier in Berlin eine große Redaktionsstube für die ganze Monarchie eingerichtet werden, die für die gesamten Kreisblätter arbeitet. Die Kreisblätter sind ohnehin nicht sehr beliebt. (Sehr richtig!) Wir müssen dem Minister die Verantwortung für die Folgen seiner Erlasse zuschieben. — Zu milde geht die Zensur vor gegen die Auswätsche auf dem Gebiete der Literatur und des Theaters. Hier sollte der Zensur zeigen, was er kann. (Zustimmung im Zentrum.) Man sollte verstehen, daß das Volk seine lauer erarbeiteten Forderungen für Schundromane wegwirft. Das geistige und sittliche Mark unseres Volkes darf nicht vergiftet werden. Ein Werk wie Vuccocios Delamerone, das den sittlichen Tiefstand der italienischen Literatur bedeutet, darf nicht in die Hände unserer Feldgrauen gelangen. (Bravo! im Zentrum.)

Minister des Innern v. Koebell:

Wir können unserem Volke die Anwesenheit nicht verlagern, daß es die Anwesenheit und persönlichen Unannehmlichkeiten dieser

Kriegszeit willig auf sich genommen hat. Zu den schwereren Lasten und Opfern dieses Krieges, die den Kampf an der Front wesentlich unterstützen und gefördert haben, gehören die Opfer an politischer und bürgerlicher Freiheit. Durch die patriotische Haltung der Bevölkerung hinter der Front ist der Kampf an der Front selbst wesentlich unterstützt worden und die Geschichte wird dereinst auch die Haltung der Dabein-gebliebenen rühmend hervorheben neben den Heldentaten und Todesopfern dieses Krieges. (Beifall.) In diesem Sinne unter-zeichne ich auch das Wort vom Geldentzug der deutschen Arbeiterfrauen, das der Abgeordnete Leinert mit Recht anerkennend erwähnt hat. Starke Äußerungen des Unwillens über die Beschränkungen der Freiheit in Wort und Schrift sind erklärlich. Der Unterschied zwischen den freibeweglichen Verhältnissen vor dem Kriege und den Einschränkungen des Kriegs-zustandes sind zu groß und müssen deshalb schwer empfunden werden. Aber im ganzen hat sich doch

Der Geist der Disziplin

fürchter gezeitigt als der jedem Deutschen in Herz und Blut über-gangene Ehrgeiz nach persönlicher Freiheit. Die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes wird von der über-wältigenden Mehrheit der Bevölkerung anerkannt. Die ge-währten Klagen richten sich auch weniger gegen den Belagerungs-zustand an sich als gegen seine Handhabung vor allem auf dem Gebiete der Zensur. Auch das ist verständlich. Denn die Einschränkung der freien Meinungsäußerung müßte ganz besonders schwer empfunden werden. Leben und Wert der Presse sind untrennbar verbunden mit der Möglichkeit der freien Meinungsäußerung. Die Presse ist bei uns groß geworden mit der Vertretung der öffentlichen Mei-nung von staatlicher Zensur und die Zeitungen und politischen und beruflichen Kreise, denen sie dienen, müssen sich an einem Le-bensnerv getroffen fühlen, wenn die Zensur sie in der Freiheit ihrer Meinungsäußerung beschränkt. Das Bedürfnis zu einer freien Aussprache ist um so größer in einer Zeit, in der es sich um unsere Zukunft unsere Existenz, um die Lebensbedingungen handelt, die wir von der Zukunft erwarten. Die Herzen sind voller Wünsche, voller Hoffnungen, aber auch voller Befürchtungen. Dem will man Ausdruck geben, und das zu können, danach lehnt man sich mit ganzer Seele. Aber noch geben die Ansichten über die Gestaltung unserer Zukunft auseinander. Noch sind nicht die Richtlinien für das gefundene was wünschenswert erscheint. Noch sind trotz unserer ge-waltigen und herrlichen Siege die politischen und militärischen Ver-hältnisse nicht so fest und klar, daß die Regierung eine ganz freie Aussprache über diese Fragen zulassen könnte. Aber die Aus-sprache soll und muß kommen, das ist die Auffassung der Abgeordneten. (Nurste bei den Sozialdemokraten: Bann?) Sobald die Verhältnisse es irgendwie zulassen.

Nun zur Zensur selbst. Sie liegt in der Hand der Militär-behörden, die selbständig und unverantwortlich darüber zu ent-scheiden haben. Die Zivilbehörden haben nur eine vermittelnde Tätigkeit auszuüben. Wir haben bei dieser Tätigkeit Fühlung ge-funden und gefunden mit den maßgebenden militärischen Stellen, in Berlin mit dem Oberkommando in den Provinzen. Ich stelle gern fest, daß wir mit allen Wünschen dort bereitwilligste Entgegenkommen gefunden haben. In den Provinzen besteht eine Fühlungnahme zwischen den Oberpräsidenten und den stellvertretenden kommandierenden Generälen. In Berlin ist als Oberzensurbehörde das Kriegspressamt eingerichtet worden und die Erfolge seiner Tätig-keit können nicht kritisiert werden. Es ist auf Grund der bis-herigen Erfahrungen meine feste Überzeugung, daß die Zensoren nach bestem Wissen und Gewissen be-müht sind, ihre Aufgaben zu erfüllen. Natürlich sind Mißgriffe vorgekommen, sogar eine ganze Reihe von Mißgriffen. Aber man muß sich doch die Schwierigkeiten der Aufgabe vor Augen halten. Wir haben in Preußen seit 50 Jahren Pressefreiheit und hatten deshalb mit der Zensur nichts zu tun. Jetzt kam da auf einmal die ganz neue Aufgabe, die nach besten Kräften zu lösen versucht wurde. Auch die verschiedenen Handhabungen der Zensur ist bei dem großen Personmangel, der bei der Ausübung in Betracht kommt, nicht zu verwundern. Es ist eine größere Zentralisation gewünscht worden. Sie mag ihre Vorteile haben, hat aber auch große Nachteile. Denn die Verursachung der provinzialen und lokalen Verhältnisse kann bei ihr nicht in der bisherigen Weise er-folgen. Sie mögen über die Zensur urteilen wie Sie wollen, eng-herzig ist sie nicht ausgeübt worden. Denken Sie nur an die schärfste Kritik z. B. an den Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Volksernährung. Man könnte eher annehmen, daß die Zensur die Fäden ein wenig zu locker gelassen hat.

Der Vorredner hat meine beiden Entlassungen kritisiert, die die Ver-sorgung der kleinen Provinzpresse mit Nach-richten zum Gegenstand hat. Im Reichstag ist ja darüber aus-führlich gesprochen worden. Die Entlassungen bedürftigen nicht die Unter-stützung der öffentlichen Meinungsäußerung, sie wöhlen nur der Regierung die Möglichkeit verschaffen, ihren Ansichten zu allen Zeiten klar und deutlich Ausdruck zu geben. Die Entlassungen sollen auch keine Zwangsmassnahme sein, sollen keine Beein-flussung der Bevölkerung bei den Wahlen herbei-führen. Die Wahlbeeinflussung, d. h. den Mißbrauch eines Amtes im Interesse politischer Parteien mißbillige ich ebenso wie Sie. Ganz etwas anderes ist es, wenn man der Regierung Gelegenheit gibt, auch in Wahlzeiten ihre Ansichten zum Ausdruck zu bringen. Die Regierung muß das können, selbständig und unab-hängig von den Parteien.

Dem sozialdemokratischen Antrag auf unverzügliche Aufhebung des Belagerungszustandes kann die Regierung nicht zustimmen. Ebenso muß es gegenüber dem Antrage der Kommission auf Freigabe der Erörterung der allgemeinen Richtlinien unserer Friedens-ziele bei dem verbleiben, was ich vorhin gesagt habe. Den übrigen Anträgen der Kommission kann die Regierung zustimmen. Sie hat sich schon bisher bei Beschränkung der freien Meinungsäußerung und des Vereins- und Versammlungsrechts nur leiten lassen von der Rücksicht auf die sichere Durchführung des Krieges. In einem Erlaß vom Februar vorigen Jahres habe ich den Polizeibehörden nahegelegt, grundsätzlich bei der Ausübung der Zensur alle kleinsten Gesichtspunkte zu vermeiden und nur da Streichungen vorzunehmen, wo das Interesse des Staates es notwendig macht. Ich habe auch betont, daß man sich immer nach Möglichkeit den Einrichtungen des Redaktions- und Expeditionsbetriebes anpassen möchte. Dieser Erlaß ist noch in Kraft und muß in allen Fällen beachtet werden, in denen die Zivilbehörden die freie Ausübung der Zensur in der Hand haben. Der Kriegsminister hat diesen Erlaß den kommandierenden Ge-nerälen mitgeteilt und seine Anwendung empfohlen. Ich habe meinetens die Zensur nur einmal in Anspruch genommen und zwar als bei den Erörterungen über die Volksernährung in der Presse ganze Verurteilungen auf heftigste angegriffen und herabgesetzt wurden, sodas ihre Schaffensfreiheit zu erkennen drohte. Wir alle wissen, daß unsere Journalisten heute wirklich einen sehr schweren Versuch haben. Niemand kann ihnen das Zeugnis versagen, daß sie trotz und ernstlich bemüht gewesen sind, dem Geist der Einheit auch dort treu zu bleiben, wo es sich um die Aus-tragung politischer Meinungsverschiedenheiten handelt. Dieser neuen Form der Austragung politischer Differenzen wollen wir treu bleiben. Dann wird auch dem Ausland ein Bild deutscher poli-tischer Arbeit und politischen Strebens gegeben wie es würdig ist eines Volkes, das im siegreichen Kampf der Welt dargetan hat, daß Preußen und Deutschland staatlich und national leistungsfähig ist, wie irgend einer der besiegten Staaten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Dem Erlaß des Ministers des Innern ist bedauerlicherweise in der Kommission von gewisser Seite mit die nötige Bedeutung be-gemessen worden. Der Vertreter der Nationalliberalen z. B. meinte, nach der Erklärung des Ministers, wenn es so sei, sei die Sache gar nicht so schlimm. In der Tat ist es sehr schlimm und wird höchstwahrscheinlich sehr schlimm werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben ja mit der sogenannten

Reptilienpresse in Deutschland schon genügend Erfahrungen gemacht. Wir können es sehr leicht erleben, daß wir dies-mal ähnliche Erfahrungen machen. Wir sollten daher alles zu verheilen suchen, was irgendwie auf eine Korruption der Presse hinauslaufen könnte. Jede künstliche Wahlbeein-flussung muß aufs schärfste beurteilt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben zu dem Minister nicht das Ver-trauen, daß mit diesen Dingen, die geradezu zum Mißbrauch an-zureichen in Zukunft kein Mißbrauch getrieben werden wird. Der Minister hat uns ja wiederholt versichert, er sei gar nicht so schlimm, er sei ein Stück von einem modernen Menschen in bezug auf politische Dinge. Ich bin zwar auch der Meinung, daß manche Minister manches hinzulernen könnten, aber ich traue den politischen Ver-hältnissen nicht, die allzu rasch umgelern haben. Und der Minister müßte wirklich über Nacht umgelern haben, wenn er heute eine andere Auffassung vertreten wollte, als vor dem Kriege. Ich erinnere an die Antwort, die er dem Abg. Pachnide gab, als dieser meinte, in bezug auf die Wahlreform werde der neue Herr Minister wohl so liberal gefasst sein, daß etwas Erprobungs-liches von ihm zu erwarten sei. Damals rief Herr v. Voebell dem Abg. Pachnide ironisch zu: aber Herr Pachnide, womit habe ich denn das verdient. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Am Schluß seiner Ausführungen sprach der Minister den Wunsch aus, daß die schöne Zeit des Burgfriedens — der ja heute nur durch den Zwang besteht — freiwillig in die Friedenszeit über-nommen werden möge, und daß dann eitel Harmonie und Glück-seligkeit in deutschen Volke herrschen würde. Ich bin dieser Auf-fassung nicht. (Abg. Hoffmann [Soz.]: Er auch nicht!) Ich glaube, daß wir gerade nach dem Kriege den

schwersten sozialen und politischen Kämpfen

entgegensehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Er-fahrungen des Volkes in den Schützengräben werden nicht dazu be-tragen, um aus der großen Masse ein geduldiges, langmütiges Volk zu machen, sondern das Volk wird dann erst recht die Wahrung seiner Interessen verlangen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemo-kraten.) Wenn Sie an die großen Schwierigkeiten des ganzen wirt-schaftlichen Neuaufbaues nach dem Kriege, an die ungeheuren Steuerlasten usw. denken, werden Sie zugeben, daß dieser Zu-stand kein besonders idyllischer sein wird, sondern daß die Gegen-sätze sehr energisch aufeinanderprallen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ein paar Worte zu den Ausführungen des Abg. Stull. Seinem Verlangen, daß die Zensur gegenüber dem Theater und der Literatur noch ausgedehnt werde, müssen wir schärf wider-sprechen. Wir sind natürlich auch der Meinung, daß jene leichte und zweifel-hafte Kost, die hier und da in sogenannten Kunststätten verzapft wird, dieser Zeit am wenigsten angemessen ist. Aber wir müssen schärfsten Protest dagegen erheben, daß von polizeimegen dem Volke die so-genannte Stulligkeit eingepaukt wird. Darüber wird noch beim Ministerium des Innern und beim Kultusrat zu sprechen sein. Unsere Anschauungen über Kunst und Literatur unterscheiden sich allerdings sehr wesentlich von denen des Herrn Stull. Wenn er zum Beispiel wegworfend gesprochen hat von Vocaccios Delamerone, so gelten doch diese hundert Robellen in der Literaturgeschichte als eins der bedeutendsten Werke. Daß sie gerade eine Leinwand für Genese und Kranke sind, will ich auch nicht sagen, aber wenn Herr Stull davon sprach, daß dieses Werk dem stillen Tiefstand der italienischen Volks-literatur sei, so muß dagegen aufs schärfste protestiert werden. Es handelt sich hier nicht um ein Produkt delatenter Literatur, sondern um das Erzeugnis einer Zeit, die natürliche Dinge in harmloser und natürlicher Weise behandelte. Wenn Herr Stull weiter von d'Annunzio sprach, so verurteilen wir natürlich seine Kriegsheerei auf das aller-schärfste, aber als Künstler geneigt er zweifellos großes Ansehen. (Lachen rechts und im Zentrum.) Ueber seine moralischen Eigenschaften will ich nicht sprechen, aber die literarische Bedeutung eines Mannes wie d'Annunzio sollte man nicht verkleinern. (Er-neutes Gelächter rechts und im Zentrum.) Ich betone das, damit die deutsche Nation nicht drauf in den Ruf eines Volkes von Bananen kommt. (Erneutes Gelächter rechts.)

Nun zum Belagerungszustand. Es ist erklärlich, daß der Welt-krieg außerordentliche Maßnahmen erfordert, und daß verhindert werden muß, daß wichtige militärische Geheimnisse ins Ausland gelangen. Maßnahmen in dieser Richtung hat sich die sozialdemokratische Presse und vielleicht sie am gewissenhaftesten auch stets gefügt. Sie hat nie in ihrem Handelsteil, wie manche andere Blätter Mit-teilungen gebracht, die nach Meinung der Militärbehörde im Inter-esse der Landesverteidigung geheim gehalten werden mußten. Als der Belagerungszustand erklärt wurde, wurde behauptet, er soll vorübergehend sein. Das ist leider nicht geschehen, er ist immer schlimmer geworden, die Zensur hat immer un-erträglichere Formen angenommen. Die Einrichtung des Kriegs-pressamts hat die Dinge nicht gebessert, sondern nur noch ver-schlechtert.

Wir fordern die Beseitigung des Belagerungszustandes

der nicht einmal durch besondere Umstände begründet werden kann. Denn nirgends ist in Deutschland etwas geschehen, das ihm auch nur den Schein von Recht geben könnte, nicht einmal in den Grenz-gebieten, in der Nordmark oder in polnischen Gebieten. Nirgends hat sich unseres Wissens etwas ereignet, was auch nur dort die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes rechtfertigen könnte. Wenn dem aber so ist, daß die bloße Tatsache des Krieges in einem Verfassungsstaat, wie es Deutschland sein sollte, nicht dazu beugt werden, um eine

bequeme Herrschaft der Militärgewalt

zu etablieren, die hinausläuft auf politische Annelung namentlich der Opposition, auf Ausschaltung der Volksrechte und auf völlige Lahmlegung des legitimen Einflusses der Volkspresse. Der „Burg-friede“ ist dem Geiste der Bevormundung entsprungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Vermeidung poli-tischer Konflikte in diesem Kriege kann der Einsicht, dem Taft und dem politischen Verantwortungsgesühl der Parteien überlassen werden. Außerdem hat der Burgfrieden zwei ganz ver-schiedene Gesichter, ein lächelndes, konziliantes für die bürgerlichen Parteien, namentlich die rechtsstehenden, und ein gar grimmes, schmerzhaftes Gen-darmengesicht für die Opposition, namentlich die Sozialdemokratie. Die Annelung durch die Zensur und den Burgfrieden trifft schließlich nur diejenigen, die nach den Grundgesetzen der Demokratie die Interessen der Volksmassen zu vertreten haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die bür-gerlichen Parteien haben schon seit jeher durch ihren direkten Einfluß als Inhaber hoher Beamtenstellen. Inhaber von Hofchargen, hohen Offiziersstellen den größten politischen Einfluß auszuüben verstanden, und dieser Einfluß ist unter dem Burgfrieden durch die Aus-schaltung der Opposition noch ins Uferlose gewachsen. Den Ver-trägern der Arbeiterklasse steht eine solche Möglichkeit der Einfluß-nahme auf die maßgebenden Stellen der Regierung nicht zu. Wenn eine solche Möglichkeit der direkten persönlichen Beein-flussung bestünde, so würde ich solche Beeinflussungsversuche als Hinterlistpolitik energisch zurückweisen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine solche Beeinflussung ist für jede demo-kratische Partei unmöglich. Die demokratischen Elemente des Volkes sind jetzt

völlig ohnmächtig und entrechtet,

ohne die verfassungsmäßigen Garantien, die ihnen wenigstens in gewissem Maße eine öffentliche Kritik sichert. Der Burgfriede ist also in Wahrheit nicht der politische Gottfriede, der allen gleichen Rechte einräumt, nicht ein ehrlicher Waffen-stillstand zwischen politischen Gegnern, sondern eine einseitige Annelung der demokratischen Volkskräfte, die sich widerstandslos

einer konserativen reaktionären Politik ausgeliefert sehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Schon die Zusammensetzung der Zensurorgane beweist die Richtigkeit meiner Darstellung. Die obersten Vertreter sind rein feudale Militärs mit abso-lutistischer Auffassung, und die ausführenden Organe geben auch keinerlei Garantie einer paritätischen Behandlung der Presse, der Parteien und der Strömungen im Volke, denn es sind ebenfalls Militärs, Polizeibeamte, Staatsbeamte usw., Zivilisten drin, alles Leute, die den Alldeutschen und Annexionisten ebenso nahe stehen wie sie rabiateste Gegner der Demokratie und erst recht der Sozialdemokratie sind. Der Abgeordnete Pacmeister hat ja in der Kommission ausdrücklich gesagt die ausführenden Organe der Zensur stehen auf seinem Standpunkt, das heißt also auf dem Standpunkt der sechs Wirtschaftsverbände. (Hört, hört! bei den Sozialdemo-kraten.) Danach kann man sich vorstellen, wie diejenigen behandelt werden, die auf einem anderen Standpunkt stehen. Haben Sie denn auch schon einmal erlebt, daß etwa einer der Annexions-politiker verwegener Art in Schubhaft genommen wäre, wie zahl-reiche Sozialdemokraten? Hat man jenen Leuten etwa schon jemals wegen Verbreitung von Flugchriften den Prozeß gemacht? Als einmal über einen Arbeiter die Briefsperrverhängung verhängt wurde, da wurde von jener Seite großes Geschrei erhoben. Darüber, daß inzwischen die Briefsperrverhängung in vielen Tausenden von Fällen verhängt worden ist, regen Sie sich gar nicht auf. Ist gegen einen von jenen Leuten etwa schon ein ge-neelles Redeverbot erlassen? Meinestwegen können sie ja reden, was sie wollen, wenn wir nur ebenso antworten dürfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber einer ganzen Menge Sozialdemokraten ist ein für allemal das Redeverbot. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hat allerdings das Verbot zurückgenommen wollen, wenn die betreffenden eine Erklärung unterzeichnet hätten, daß sie ihre frühere Auffassung bedauerten. Das ist eine

Zumutung, die mit parlamentarischen Ausdrücken nicht zu kenn-zeichnen ist.

(Abg. Liebknecht: Zwang zur Lüge!) Trotz der inzwischen erfolgten Kritik eines solchen Vorgehens im Reichstag ist noch vor wenig Tagen einem meiner Parteigenossen eine ähnliche Zumutung ge-macht worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So steht die Zensur in der Praxis aus. Außerdem geht sie auch darauf aus, eine bestimmte Richtung in der Sozialdemokratie zu benachteiligen. Auch die Parteien haben sich ja in der Presse mehr oder weniger läppisch in diese Streitigkeiten einzumischen versucht, die innerhalb der sozialdemokratischen Partei ausgebrochen sind und zum Aus-trag gebracht werden müssen. Diese Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie sind aber die ureigensten Angelegen-heit dieser Partei selbst. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Durch Verfolgung und Drangsalierung schafft man bekanntlich nur Mätyrer. Entweder die Sache der Widerhaft ist schlecht und ver-werflich, dann wird die Sache nichts von ihr wissen wollen, oder aber sie ist zukunftsfräftig, weil der geschichtliche Verlauf der Dinge ihre Ansichten befähigen wird, dann ist jede Verfolgung nur Del-inoz. Was in dieser Beziehung geleistet wird, beweist die Tatsache, daß in letzter Zeit noch das ehemalige Mitglied dieses Hauses, der frühere Abg. Julian Borchardt in Schubhaft genommen worden ist. Weshalb weiß er wohl heute selbst noch nicht. Seine Frau hat sich vergewaltigt, den Genuß zu erfahren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind die herrlichen Zustände, in denen sich das deutsche Volk jetzt befindet. Es wird Borchardt unmöglich gemacht, mit seinem Anwalt in Verbindung zu treten, damit er Einspruch erheben kann gegen diese reine Will-kür, damit vielleicht ein Mißverständnis, ein solcher Verdacht he-seitigt werden kann. Die Leute werden einfach eingesperrt, Wochen und Monate, und dann plötzlich entlassen, laufen aber Gefahr, nach ein paar Wochen wieder eingesperrt zu werden, wie es einem be-kannten Sozialdemokraten in Neufeld passiert ist. Ist irgendeinem von Ihnen schon etwas Derartiges passiert? Nun, Sie sagen, wir sind Patrioten, aber ich meine, wer der beste Patriot ist, wer seinem Vaterlande am meisten nützt, darüber wird man nach dem Kriege vielleicht noch ganz anders denken als heute. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man verschäuft sogar

strafweise solche Leute zur Front.

Eigentlich soll ja die Vaterlandsverteidigung eine Ehre sein. Man hat Leute zur Front geschickt, die schon als dienstunfähig entlassen waren. Ein Fall ist mir bekannt, wo ein Mann zweimal dem Arztl vorgeführt worden ist im Beisein eines Majors, der die angelegten Strafmittel des Mannes zur Hand hatte, und als der Arzt erklärte, nach seinem besten Wissen und Gewissen wäre der Mann ungeeignet, Kriegsdienste zu leisten, wurde die Strafkasse vorgebracht. (Große Unruhe rechts. Rufe: Namen nennen! Verleumdung!) Das ist Tatsache. Der Arzt hat sich nicht beeinträchtigen lassen, sondern sich nur von seiner ärztlichen Pflicht leiten lassen. In anderen Fällen sind aber Leute, die sich politisch mißlieblich gemacht hatten, obwohl sie für dienstunfähig erklärt waren, schon in kurzer Zeit nochmals unterzucht und zur Front geschickt worden. (Erneute Unruhe und Zurufe rechts.) Die Beweise werden Ihnen schon vor Augen geführt werden. Es werden Ihnen viel mehr Beweise er-bracht werden, als Ihnen lieb sein wird. Dazu müssen wir aber

erst geordnete Rechtsgarantien

haben. Sie sind doch auch nicht so ahnungslos, um nicht zu wissen, daß, wenn wir hier die Namen solcher Leute nennen, die sich im Militärverhältnis befinden, sie Gefahr laufen, daß es ihnen noch viel schlimmer geht.

Also so gestaltet sich bei uns der Burgfrieden. Er führt zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit, der Opposition. Dem „Bor-gwärtis“ ist z. B. verboten, den Standpunkt des Klassenkampfes zu vertreten. Dabei ist doch dieser Klassenkampf nicht nur ein Mittel zur Aufrüttelung der Geister im politischen Tageskampf, sondern auch eine Weltanschauung, eine historisch-ökonomische Theorie, die Auffassung, die von 3/4 Millionen Wählern vertreten ist. Und nun soll für die Dauer des Krieges die Betrachtung aller Dinge unter dem Gesichtswinkel dieser Welt-anschauung verboten werden. Es ist doch aber eine Tatsache, die von der ersten Gesichtschreibung längst nicht mehr bestritten wird, daß die staatliche Fortentwicklung auf dem Kampf der Klassen untereinander beruht. Man erkennt ja auch auf Ihrer Seite an, daß die materiellen Interessen das Aus-schlaggebende in der Geschichte sind, freilich immer nur dann, wenn es sich um andere Völker handelt. (Sehr wahr! bei den Sozial-demokraten.) Demen werden alle sittlichen, idealen Motive ab-gesprochen, England z. B. läßt sich nur vom Futterneid auf Deutsch-land lenken. Tagelang erkennen wir sogar an, daß neben den rein materiellen Motiven auch alle möglichen idealen Kräfte sich betätigen. Das trifft natürlich auch auf Deutschland und auf die Parteien zu die im Grunde rein materielle Interessen verfolgen, aber doch glauben, daß sie dabei die höchsten Staatsinteressen ver-treten. Im Grunde aber sind doch die materiellen Inter-essen das Ausschlaggebende. Die Verschiedenheit der Inter-essen kann natürlich auch nicht beseitigt werden durch irgend-einen Krieg. Die Idee von der Neuorientierung ist im besten Falle Selbsttäuschung, vielleicht aber auch

bewußte Täuschung.

Je länger der Krieg dauert, je größer die Lasten des Krieges werden, desto erbitterter müssen die sozialen und politischen Kämpfe werden, denen wir entgegen-geben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wahrscheinlich werden wir bei längerer Kriegsdauer 70 Milliarden Kriegskosten allein an Staatsanleihen haben, und die Summen, die aufzubringen sind für die Renten der Witwen und Waisen usw. werden ins Auf-schraue anwachsen, man wird mit 6 bis 7 Milliarden pro Jahr rechnen müssen. Angesichts dieser Zustände ist das Verbot, vom Klassenkampf zu sprechen, und diese Dinge dem Volk und den herrschenden Klassen zum

Bewußtsein zu bringen, eine Angelegenheit, eine Vorbereitung, die sich keine mündige und auf Selbstachtung haltende große Partei ohne schärfsten Protest gefallen lassen kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daher verlangen wir die:

Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur. Die sozialdemokratische Presse wird auch bei schrankenloser Pressefreiheit sicher nichts bringen, was irgendwie als Verrat militärischer Geheimnisse gedeutet werden könnte. Das ganze Sturmlaufen in der Kommission gegen die Zensur verfolgte freilich nur den Zweck, daß die ausgesprochenen Anzeigen sich noch mehr **Überschneidungsfreiheit** erringen könnten. Sie wollen mit noch größerer Stupellosigkeit als bisher ihre gütelose Anzeigen- und Scharfmacherpolitik betreiben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Um dies zu hemmen, hat man in der Kommission Töne von maßhaltiger Rühmlichkeit angeschlagen, hat sich selbst als vornehmlich Unschuldig aufgespielt. Herr v. Henning hat behauptet ja schon vor einem Jahre, daß die Plamacher weit größere Freiheit genießen als die Scharfmacher. (Sehr richtig! rechts.) Wie man das nach dem, was ich bis jetzt ausgeführt habe, noch behaupten kann, wird außerhalb dieses Hauses niemand begreifen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Schreibweise der „Deutschen Tageszeitung“ ist ja kaum noch zu überbieten. Was müssen das für geradezu unmögliche Artikel gewesen sein, die die Zensur bei ihr zum Einschreiten veranlaßt haben. Hat sie sich doch erlaubt, den Vorkämpfer einer großen neutralen Macht durch wenig verschleierte Verbaljurien in einem kritischen Augenblick zu beleidigen. So daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sich scharf dagegen wenden mußte, auch deshalb, weil der Regierung selbst **Schlappheit und Rückenmarterei** von der „Deutschen Tageszeitung“ vorgeworfen worden war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dem „Vorwärts“ dagegen werden alle Augenblicke Artikel verstimmt oder gestrichen, die ganz wüthenden und trocken sachlich geschrieben sind. Dafür könnten wir einen ganzen Berg von Beweisen erbringen. Die Behauptung, daß die Scharfmacher ungenügender beständen als die sogenannten Plamacher, kann man nur noch humoreskisch nennen. Sogar in der Erörterung der Fragen der **Wohlfahrt**, der Verteilung der Produkte usw., also wirtschaftspolitische Fragen, bei denen die weitestgehende Meinungsfreiheit geboten wäre, hat die Zensur eingegriffen. Es dürfte nicht gesagt werden, daß der Patriotismus für gewisse Kreise ein einträgliches Geschäft ist, und daß sie deshalb geradezu

ein Interesse an der Verlängerung des Krieges haben. Der Presse wurde befohlen, künftig maßvoll zu sein in der Kritik wirtschaftlicher Maßnahmen. Ein solches Verbot liegt lediglich im Interesse gewisser Produzentenschichten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Zensur nimmt auch in scheinbar militärischen Fragen ganz **entschieden politischen Charakter** an. Im Auslande wird vielfach in viel höherem Maße Kritik angewendet, als in Deutschland und sogar an militärischen Dingen. Kann das als ein Zeichen von Schwäche gedeutet werden? Ich glaube, daß diese Kritik schließlich sogar der Heeresleitung in den betreffenden Ländern gute Dienste geleistet hat. Daß diese Mängel der Zensur bei uns in den weitesten Kreisen empfunden werden, beweist der letzte Sonntagartikel des „Berliner Tageblatts“. — In der letzten Zeit ist im Auslande wieder eine ganze Anzahl von Broschüren erschienen, in denen die zum Teil amerikanischen Verfasser ihrer Verwunderung darüber Ausdruck geben, was man in Deutschland alles von Ereignissen in den Ländern, mit denen es Krieg führt, erwartet hat: Revolution in Ägypten, in Indien, Erhebung der Buren, Revolution in Rußland usw. Diese phantastischen Illusionen müssen natürlich **bedenkliche Folgen** haben. Es wird aber verstanden, gegen diese Illusionen aufzutreten. Aus solchen Phantasien ergeben sich dann auch

phantastisch-kindeische Ansichten über die Kriegsziele. Ich kann auf den Inhalt dieser Ansichten nicht eingehen, weil Sie es zu verstehen haben, diese Debatte auf die Formalien der Zensur zu beschränken, trotzdem das Volk den dringenden Wunsch hat, daß hier auch über andere politische Dinge gesprochen werde. Uebrigens brauche ich über die Kriegsziele selbst gar nicht zu sprechen, denn wir kennen ja die Denkschrift der 6 Verbände und die Denkschrift der Professoren, die nach Ansicht der Kommission über das hinausgeht, was die Denkschrift der 6 Verbände enthält; wir wissen, daß diese Denkschriften brauchen kurzieren, und es ist ganz interessant, daß sogar in Berliner Professorenkreisen erst in den letzten Tagen wieder ein

neues Manifest über den U-Bootkrieg herausgekommen ist. Auf der einen Seite Propaganda, auf der anderen keine Aussprachemöglichkeit! (Hört! hört!) Während ein Buch des Reichstagsabgeordneten Eduard Bernstein nicht einmal als Manuskript verbreitet werden darf, können diese Herren ihre für das deutsche Volk so sehr bedenkliche Tätigkeit ruhig fortsetzen. Der Steglitzer „Ausschuß für Verkündung über Kriegsziele“, dem Professor Dietrich Schäfer, die Abgeordneten Fuhrmann und Vacmeister u. a. angehören, verspricht eine Eingabe an ihre Vorgesetzten, die aus der letzten Zeit stammen muß, und wozu angegeben wird, daß zu **Verbreitung** Abdrücke zur Verfügung stehen. (Die Abgeordneten v. Pappenheim und v. Hedlich rufen den Redner lebhaft zur Sache. — Abg. Dr. Hoffmann: Oberpräsident! Scharfmacher! — Präsident Graf Schwerin ruft den Redner zur Sache.) Ich habe mich bisher streng an die Sache gehalten. (Lachen rechts.) Ob es Ihnen paßt, ist eine andere Frage. Hier ist also eine Kriegsziele, die unter der Duldung der Zensur herausgekommen ist. (Abg. v. Hedlich: Demagogie! — Gegenrufe der Sozialdemokraten: Unerhört!) Wenn man Sie dem Volke denunziert, so tut man ein gutes Werk. Dieser „Ausschuß“ für Verkündung über Kriegsziele“ gibt Verbindungen in Karlsruhe, Königsberg, Düsseldorf an; es ist also eine ganz **ausgebreitete Propagandagesellschaft**. Wir hätten das nicht vorgebracht, aber da Sie eine öffentliche Erörterung über diese Dinge unmöglich gemacht haben, müssen wir diese Nachrichten aufdecken und gleiches Recht für alle fordern. Die 6 Wirtschaftverbände haben ja alle möglichen Parteien hinter sich: die Konservativen, Nationalliberalen, das Zentrum, selbst die Freisinnigen — ja, ja. (Neue Mahnung des Präsidenten.) Wenn Sie ein gutes Gewissen haben, dann treten Sie doch dafür ein, daß die Gegenseite das gleiche Recht erhalte. Wir werden nicht sagen, was zum Schaden Deutschlands sein könnte. (Lachen rechts.)

Sie haupieren mit **Postbriefen** als Beweise für die Volkstimmung; wir könnten für jeden solchen Brief 10 andere bringen, die das Gegenteil enthalten. Aber Sie werden ja selbst auch genug Postbriefe erhalten haben, nach denen ich Ihnen überlassen kann, selbst zu entscheiden, wem sie Recht geben! In der Kommission wünscht Herr v. Henning möglichst baldige Freigabe der Erörterung der Kriegsziele; das sei ein Recht des Volkes. Nun, dann hätte er die Vereinerung der ganzen Zensur und nicht nur die Erleichterung für seine Richtung verlangen müssen. Die Volkstimmung muß ausgesprochen werden,

damit die Kriegsführung in Uebereinstimmung gebracht wird mit den Friedenszielen.

(Präsident: Sie gehen hier auf die Kriegsziele selbst ein, das dürfen Sie nicht.) Sie sind für „hegriecher Beendigung“ des Krieges eingetreten, wenn ich für eine vernünftige Verständigung spreche, so tue ich doch das gleiche. (Erneute Mahnung des Präsidenten.) Ich spreche nicht mehr darüber als die anderen Parteien. Dem „Vorwärts“ wurden sogar einwandfreie Artikel eines bekannten Volkswirtschaftlers über den mitteleuropäischen Wirtschaftsverband verboten. Kein Mensch hat gegen einen engeren wirtschaftlichen Zusammenhalt mit Oesterreich etwas einzuwenden (Glocke), aber wenn das Hochschulwesen ein mitteleuropäisches Imperium werden sollte, so erleben wir dagegen schärfsten Widerspruch. (Präsident: Darauf bezieht sich diese Debatte nicht.) Herr Stahl hat von der Absicht der Gegner gesprochen, Deutschland zu ruinieren. Es sind Beweise in Unmasse dafür vorhanden, daß — (Glocke.) Ich kann also den **Gegenbeweis nicht antreten** und will deshalb nur sagen,

daß die Behauptung des Abgeordneten Stahl unwahr ist und auf eine

Täuschung des Publikums

ausgeht. (Unruhe.) Wenn ein lares Bild gegeben würde, so würde das Volk fordern, daß der Krieg entweder mit einer Verständigung und Befriedung unter den Nationen beendet werden müsse oder — (Präsident: Sie gehen wieder auf die Kriegsziele ein. — Abg. Ströbel: Das war nur ein Friedensvorschlag! — Weiterkeit. — Präsident: Das darf ich nicht zulassen. Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Sache und mache Sie auf die Folgen aufmerksam.) Zwischen Sieg und Niederlage gibt es noch ein Drittes, nämlich: **vernünftige Verständigung**. Jedenfalls ist das einem Krieg vorzuziehen, der mit dem Weichbluten und dem Ruin Europas enden würde und enden muß. (Die letzten Worte des Redners werden unter lebhaftem Klingeln des Präsidenten gesprochen.) (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr. Auf Antrag v. Pappenheim (L.) wird das Eisenbahnleihegesetz ohne erste Lesung der Staatshaushaltskommission überwiesen. Schluß gegen 6 Uhr.

Aus der Partei.

Stellungnahme zur Fraktionshaltung.

Eine Parteikonferenz des 11. badischen Reichstagswahlkreises (Rannheim) beschäftigte sich mit der gegenwärtigen Lage der Partei. Der Abgeordnete des Kreises, Genosse Ged, vertrat den Standpunkt der Fraktionsmehrheit, Genosse Lehmann den der Minderheit. In der vom besten parteigenössischen Geist getragenen, durchaus ruhigen und sachlichen Diskussion stellte sich nach der Mannheimer „Volkstimme“ der weit aus überwiegende Teil der Redner auf die Seite des Abgeordneten Ged. Eine Beschlußfassung unterblieb, sie soll später eventuell durch Urabstimmung herbeigeführt werden. Auch der korreferent Lehmann sprach sich gegen sofortige Beschlußfassung aus.

Ein Parteiveteran gestorben.

Im Alter von 75 Jahren starb in Verden der Tabakarbeiter Genosse Heinrich Lehmann. 1878 beim Inkrafttreten des Sozialistengesetzes wurde L. aus dem Hamburger Belagerungsgebiete ausgewiesen. Der Ausgewiesene kam nach Verden wo er bis in sein hohes Alter eifrig für die Arbeiterbewegung tätig war.

Aus Groß-Berlin.

Vom Umgang mit Menschen.

Vor einem Menschenalter lebte in Berlin ein Gastwirt, der sich im Umgang mit seinen Gästen einer hervorragenden Unhöflichkeit befleißigte. Man nannte ihn deshalb den „groben Gottlieb“. Uebrigens soll die Grobheit des Wirtes einen starken Einschlag von derbem Humor gehabt haben und deshalb von den Gästen nicht als Beleidigung empfunden sein. Jedenfalls störten die Umgangsformen des groben Gottlieb sein Geschäft nicht. Er setzte den Gästen für billige Preise reichliche Portionen vor. Deshalb war das Kellerlokal des groben Gottlieb stets gut besucht. Die Gäste ließen sich das Essen schmecken und nahmen die Grobheiten des Wirtes als unvermeidliche Zugabe mit in Kauf. Zu jener Zeit war übrigens der Ton des groben Gottlieb, wenn auch in etwas milderer Form keine Seltenheit bei Geschäftsleuten, die sich eines starken Andranges von Kunden erfreuten.

Inzwischen haben sich die Zeiten geändert. Der Typus des groben Gottlieb starb aus. Höflichkeit im geschäftlichen Verkehr wurde zur Selbstverständlichkeit. Wer es daran fehlen ließ, der würde schlechte Geschäfte gemacht haben. So war es bis jetzt. Doch in allerneuester Zeit macht sich hier und da bei manchen Geschäftsleuten ein Rückfall in die Umgangsformen des groben Gottlieb bemerkbar. Allerdings nicht im Gastwirtsgewerbe. Hier gehen die Geschäfte nicht so gut, daß sich ein Wirt erlauben könnte, die schuldige Rücksicht gegen seine Gäste außer acht zu lassen. Aber in manchen Geschäften der Lebensmittelbranche geht der Geist des groben Gottlieb um.

Hausfrauen, die ihre Einkäufe in Butterhandlungen, in Fleischläden, in Grüntramgeschäften machen, klagen jetzt viel über das pöhlige, jeder Höflichkeit bare Verhalten der Verkäufer und Verkäuferinnen. Diese Handlung findet ihre Ursache, aber keineswegs ihre Rechtfertigung, in den derzeitigen Verhältnissen auf dem Lebensmittelmarkt. Wenn die Käufer sich in Scharen herandrängen und Waren zu hohen Preisen reißenden Abfah finden, dann glaubt mancher Geschäftsmann und manche Geschäftsfrau, jetzt brauche man auf die Kundenschaft keine Rücksicht mehr zu nehmen und die Kunden müßten froh sein, wenn sie überhaupt etwas bekommen.

Sonst galt es beispielsweise im Fleischladen als selbstverständlich, daß die kaufende Hausfrau unter den Vorräten im Laden nach ihrem Belieben wählen konnte und daß ihre Wünsche bereitwillig erfüllt wurden. — Das war einmal. — Wenn jetzt eine Kundin dies oder jenes an dem ihr vorgelegten Fleischstück auszuwählen hat und statt dessen ein anderes wünscht, oder wenn sie gar ein leises Mißfallen über die hohen Preise äußert, dann kann man sie erwarten, daß sie eine grobe Antwort, aber keine Ware bekommt. — Ebenso geht es beim Grüntramer. — Auch in Butterläden, in Milchgeschäften wird der gute Ton auf seiten der Verkäufer als nicht mehr zeitgemäß empfunden. Das gilt natürlich nicht für alle Geschäfte, aber doch für viele.

So sind denn unter dem Einfluß der Lebensmittelknappheit die Manieren des groben Gottlieb wieder aufgelebt. Aber was man dem groben Gottlieb verzieht, weil er seine Gäste reichlich und billig bewirtete, das kann man seinen Nachfahren auf dem Lebensmittelmarkt nicht verzeihen, denn sie fordern sehr hohe Preise, sie wägen sehr genau und ihre Waren sind nicht immer einwandfrei. Gewisse Rücksichtslosigkeiten mancher Geschäftsleute müssen unter diesen Umständen beim Publikum doppelt unangenehm empfunden werden.

Beim Butterverkauf wird ja jetzt, nachdem die bekanntgegebene Regelung eingeführt ist, der kolossale Andrang abnehmen und damit mancher Mißstand schwinden. Wenn andere Lebensmittelhändler noch Anlaß zu Klagen über unpassendes Benehmen geben sollten, so kann das Publikum selbst zur Erziehung solcher Geschäftsleute beitragen, indem es sich nicht allzu eifrig nach ihren Waren drängt. Wenn es durchaus sein muß, kann man schon zeitweilig auf dies und das verzichten, was man in normalen Zeiten nicht gern entbehrt. Schließlich ist es doch sehr fraglich, ob die gesundheitlichen Schäden, die man sich bei stundenlangem Warten in Regen und Wind, in Schnee und Frost holt, ausgeglichen werden durch die Kräfte, die selbst ein für unentbehrlich gehaltenes Lebensmittel dem Körper zuführen kann.

Teure Butter in Dosen.

In der letzten Sitzung des Sachausschusses o. der Preisprüfstelle Groß-Berlin (Milch und ihre Produkte) kam zur Sprache, daß beim Verkauf von Butter in Dosen vielfach übermäßige Preise gefordert werden. Der Sachausschuß war der Ansicht, daß eine besondere Vereinerung der Dosen nur soweit zulässig ist, als sie deren tatsächlichen Wert entspricht. Dagegen wurde es unter allen Umständen für unzulässig gehalten, einen Aufschlag für Verluste beim Einwiegen sowie für allgemeine Handelsschwächen und Ähnliches zu nehmen und so den Preis der Dosenbutter selbst über den Höchstpreis zu bringen. Ob die Dosenbutter zur Verfertigung ins Feld bestimmt sind oder nicht, spielt bei der Beurteilung der Preisfrage keine Rolle.

Ferner wurde darüber Klage geführt, daß der Milchgroßhandel seine Preisforderungen an den Kleinhandel in letzter Zeit wieder erhöht. Der Sachausschuß wird die ihm mitgeteilten Fälle eingehend dahin prüfen, ob die Großhändler ihrerseits den Produzenten tatsächlich mehr zahlen mußten als früher, oder ob lediglich eine Preis-erhöhung durch den Großhändler vorliegt. Sollte sich herausstellen, daß, wie vor einigen Monaten, die Preissteigerungen durch den Großhandel in einer Preisüberhöhung der Milchproduzenten ihre Ursache haben, so wird der Sachausschuß nicht verfehlen, über die einzelnen Fälle hinaus allgemeine Schritte zu tun.

Der Roman eines Morphiumisten.

Am gestrigen Dienstag nachmittag wurde von der Schöneberger Kriminalpolizei der 53jährige Dr. phil. Oskar Bloch verhaftet, der zuletzt in Berlin-Schöneberg, Neue Winterfeldstraße 17, unter dem Namen Dr. med. Erich Edgar Reinde gewohnt hat. Bei der Schöneberger Kriminalpolizei gingen in letzter Zeit mehrfach Anzeigen von Logiswirten und Vermieterinnen ein, die von Dr. Reinde durch mehr oder minder hohe Beträge geschädigt worden sind. N., der erst nach Kriegsausbruch in Berlin aufgetaucht ist, hat es verstanden, unter der falschen Angabe, er sei ein deutscher Flüchtling aus Brüssel, das Mißleid seiner Logiswirte zu erregen, sodas sie ihm nicht allein bares Geld gaben, sondern auch die Zahlung der Miete stundeten. Er verstand es in wahrhaft dramatischer Schilderung den einfachen Leuten, mit denen er es zu tun hatte, zu erzählen, wie bei Ausbruch des Krieges seine Frau, vier Kinder und seine Schwiegermutter von dem entmenschten Bödel in Brüssel vor seinen Augen niedergemetzelt worden seien. Er selbst sei mit knapper Not mit seinem jüngsten Kinde dem Tode entgangen. Mit Hilfe der Berliner Kriminalpolizei gelang es der Schöneberger Behörde, die Identität und den wahren Namen des Schwindlers festzustellen. Bei der gestrigen Verhaftung stellte es sich im Verhör heraus, daß man es mit einem hochbegabten, leider durch Morphiumismus auf Abwege geratenen Manne zu tun hat. Bloch ist der Sohn eines russischen Musikprofessors in Petersburg und hat in jungen Jahren die Bühnenlaufbahn betreten. Vor einer Reihe von Jahren spielte er u. a. am königlichen Schauspielhaus in Berlin und gastierte dann auf einer großen Zahl erster deutscher und österreichischer Bühnen, so in Wien, Leipzig, Mannheim. Seine schauspielerische Tätigkeit mußte er abbrechen, da er auf offener Bühne, vom Morphiumgift überwältigt, zusammenbrach. Nebenbei aber hatte der geistig kranke Mann sein Staatsexamen als Psychologe gemacht und außerdem mehrere Semester Medizin studiert. Nun hielt sich Bloch unter den verschiedensten Namen — er hat sich deren gegen 50 beigelegt — in allen Erdteilen auf, wo er zumeist als Dolmetscher, Frauenarzt, Schiffsarzt tätig war. Auch in mehreren Kliniken war B. als Assistenzarzt kurze Zeit tätig. Bei Kriegsbeginn hielt sich B. in den westlichen Vororten Berlins auf, wo er Frauen in ärztliche Behandlung nahm. B. ist übrigens schon mehrfach wegen Kredit-schwindeleien verurteilt und hatte mehrere Jahre in Gefängnissen zugebracht. Von seiner geistigen Verzagung zeugt der Umstand, daß Bloch sechzehn lebende Sprachen spricht.

Zersplitterung der Wohlfahrtspflege.

Wegen der Zersplitterung der Kriegswohlfahrtspflege wenden sich die Zentralkasse für Volkswohlfahrt und die Zentrale für private Fürsorge Berlin, unter Beteiligung einer Anzahl der von Alters her bestehenden großen zentralen Wohlfahrtsorganisationen. Es wird darauf hingewiesen, daß sich allmählich auf vielen Gebieten der Wohlfahrtspflege ein Ueberzeifer, ein Dilettantismus breitgemacht habe, der zu den ernstesten Verorganismen Anlaß gebe. Während der Kriegszeit sind in Groß-Berlin allein 276 neue Kriegsorganisationen und Einrichtungen ins Leben gerufen. Auf dem Gebiete der Fürsorge für in Not geratene Künstler entstanden z. B. allein 22 für gebildete Frauen 5 neue Vereine. Geradezu bedenklich erscheint die große Zahl der zunehmenden Kriegsinvaliden sowie der Kriegsblinden gegründeten Einrichtungen, deren Gesamtzahl 23 beträgt. Es wird befürchtet, daß auf diese Weise eine planmäßige und vor allem ökonomische Arbeit nicht mehr geleistet werden kann und daß die Kriegswohlfahrtspflege selbst dadurch empfindlichen Schaden leidet.

Ein Parteiveteran.

Genosse Gustav Bahke, Landsberger Straße 113, der älteste Funktionär des vierten Kreises, begeht heute seinen 75. Geburtstag. Sein körperliches Wohlbefinden ist verhältnismäßig noch gut. 1887 trat er der Partei bei. Seit 23 Jahren wirkt im vierten Kreis für die Partei, 12 Jahre davon ist er als Funktionär tätig. Jetzt bekleidet er das Amt eines Abteilungsleiters. Wenige Proletarier besitzen in diesem hohen Alter noch die Kraft, ein so opfervolles Amt zu bekleiden. Auch ihm bereiten die wirtschaftlichen Verhältnisse ein sorgenvolles Leben. Obwohl ihm eine um viele Jahre jüngere Frau kräftig zur Seite steht, muß er im hohen Alter noch sein schweres Tischlerhandwerk ausüben. Sein einziger Sohn im Alter von 27 Jahren, der ihm eine Stütze sein sollte, befindet sich im Kriege. Solange wie wir unseren Jubilar kennen, galt für ihn als Entschuldigend für das Fernbleiben von der Parteiarbeit nur Krankheit. Viele jüngere Genossen mögen sich an ihm ein Beispiel nehmen. Wir wollen wünschen, daß es unserm Jubilar noch viele Jahre vergönnt sein möge, als Funktionär für die Partei zu wirken.

Eine Verwaltungsreform in der Berliner Armenpflege.

Für Berlin soll die Einrichtung von Armenämtern, die bisher nur in einigen Stadtteilen bestand, auf das ganze Stadtgebiet ausgedehnt werden. Schon vor jetzt fast zwanzig Jahren war beschlossen worden, die Armenkommissionen nach und nach in Gruppen zu größeren Verwaltungskörpern unter dem Namen „Armenämtern“ zusammenzufassen. Nachdem dann im Jahre 1897 zwei Armenämter im Norden und im Nordwesten der Stadt eingerichtet worden waren, folgten die beiden nächsten erst 1900 und 1913 im Nordosten und im Süden, und 1915 wurde das Armenamt des Nordens in zwei kleinere zerlegt. Die an die Armenämter geknüpften Erwartungen, die Armenkommissionen und die Armenverwaltung zu entlasten, hat nach der Ansicht des Magistrats sich erfüllt. In seinem jetzt den Stadtverordneten vorgelegten Antrag auf Zustimmung zur Aufteilung des ganzen Stadtgebiets in Armenämter fährt er aus, daß die bisherigen Armenämter „in pfegeischer Beziehung sich durchaus bewährt haben“, daß sie „die beabsichtigte Verlesung und Vertiefung des Verlesens mit den Armen und den Armenkommissionen vortrefflich erreichen“ und daß sie „die recherchierende Tätigkeit der Armenkommissionen in aus-

gezeichnete Weise ergänzen. Der Versuch, die Armenämter nach und nach einzurichten, hatte nur den Uebelstand, daß für sie neue Beamte nötig wurden und doch für die entlastete Armenverwaltung nicht eben soviel Beamte erpart werden konnten. Von der nunmehr beabsichtigten gleichzeitigen Einrichtung von Armenämtern in ganz Berlin — auf vierzehn soll ihre Zahl gebracht werden — wird erwartet, daß eine Vermehrung der Beamten nicht nötig sein, sondern der vorhandene Bestand für Armenverwaltung und Armenämter ausreichen wird. Mit dieser Verwaltungsreform soll auch die Einsetzung von Beschwerdeausschüssen verbunden werden, ähnlich dem Beschwerdeausschuss, der schon früher einmal bei der Armenverwaltung bestand, aber nach Einrichtung der Armenkreise wegfiel. In jedem Armenamtsbezirk würde der Beschwerdeausschuss sich zusammensetzen aus dem Armenamtsvorsteher und zwei Armenamtsmitgliefern, auch sollen die Vorsteher der für die Beschwerden in Frage kommenden Armenkommissionen zugezogen werden. Die Armenkreise würden dann wegfallen. Von den Ausschüssen vertritt sich der Magistrat eine wesentliche Beschleunigung der Erledigung von Beschwerden. Ueber den Zeitpunkt der Ausführung dieser Reformpläne wäre erst später noch zu beschließen. Für jetzt erludt der Magistrat die Stadtverordneten nur um grundsätzliche Zustimmung.

Das Opfer einer Schlägerei ist der 19 Jahre alte Telegraphenbote Ignaz Lewandowsky aus der Wolnowstraße 44 geworden. Der junge Mann, der bei seinen Eltern wohnte, besuchte am Montag spät abends eine Schankwirtschaft in der Georgenstraße 98. Dort kam es zum Streit. Dieser setzte sich, nachdem der Wirt Peterabend gebeten hatte, auf der Straße fort und führte zu Tätlichkeiten. Hierbei verletzten der 19 Jahre alte Maschinenarbeiter Hermann Gadow dem Lewandowsky, den er von Ansehen kannte, mehrere Schläge an den Kopf, wie er behauptet, mit der flachen Hand. Lewandowsky fiel zu Boden, konnte sich aber wieder erheben und nach Hause gehen. Hier kam er gegen 1 Uhr an und erzählte seinem Bruder, daß er geprügelt worden sei. An eine schwere Verletzung dachte er wohl selbst nicht. Im Laufe der Nacht jedoch verschlimmerte sich sein Zustand immer mehr und gegen 6 Uhr starb der junge Mann, vermutlich an einer Gehirnerschütterung infolge der Schläge oder des Stürzens. Die Leiche wurde von der Reiterpolizei beschlagnahmt, Gadow wurde festgenommen und der Kriminalpolizei zugeführt.

Die verführerische Uniform.

Nach einer abenteuerlichen „Reise“ wurden von der Reutlinger Kriminalpolizei ein 14 Jahre alter Schüler Alwin S. und ein 10jähriger Schüler Wilhelm S., beide aus der Emser Straße in Reutlingen, festgenommen. Die beiden planten schon lange, sich nach dem östlichen Kriegsschauplatz zu begeben und sich dort irgendwie zu betätigen. Weil sie aber kein Geld hatten, so schwindelten sie der ihnen bekannten 14 Jahre alten Tochter eines angesehenen Kohlenhändlers vor, S. brauche zum Antritt einer neuen Stellung eine Bürgschaft und verleihten sie, ihren Eltern 150 M. zu entwenden. Von ihren wahren Plänen erfuhr das Mädchen nichts. Es besorgte ihnen einen Hundert- und einen Fünfundzwanzigmarck, die es in Zeitungspapier einwickelte und dem S. zur Ablieferung an D. übergab. Mit dem Geld in der Tasche, kauften sich die Burschen am Dienstag voriger Woche Jugendwehruniformen, besuchten dann mehrere Spielhöfen und das Theater am Rosendorfsplatz, ließen sich endlich Fahrkarten vierter Klasse nach Alexandrowitz und fuhren nachts um 2 Uhr vom Bahnhof Friedrichstraße ab. Nachdem ihnen unterwegs Soldaten Kargemacht hatten, daß sie ohne bestimmte vorgeschriebene Papiere nicht über die Grenze kommen würden, stiegen die Abenteurer in Thorn aus und kauften gleich Karten zur Rückfahrt nach Berlin. In Mittem unterbrachen sie die Fahrt und übernachteten in einem Gasthof. Dann gingen sie nach Weibitz. Jetzt war ihre Rasse erschöpft. In der Jugendwehruniform aber erhielten sie die Erlaubnis, nach Freiwaldow zu fahren, gegen das Versprechen, daß sie dort nachträglich die Fahrkarten bezahlen wollten. Dort kam nämlich S. eine Lante, bei der er dann auch übernachtete. S. riet ihm, sie zu beschließen. S. tat das aber nicht, sondern borgte sich 4 M. von ihr. S. mietete sich bei einer fremden Frau ein, ob und trank gut und verschwand dann, ohne zu bezahlen. Am Sonnabend abend kamen die Reisenden in Berlin wieder an und übernachteten in einem Gasthof in der Nähe des Juchas Wulch. Weil sie nicht bezahlen konnten, nahm der Wirt dem W. die Arbeitspapiere ab. Ohne einen Pfennig Geld lehrten die Abenteurer jetzt zu ihren Eltern zurück. Hier nahm die Kriminalpolizei sie fest, um sie dem Jugendrichter vorzuführen.

Der dritte Einführungabend in die Kammermusik findet morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Aula des Klosterbergmannsiums, Klosterstraße 74, statt. Mitwirkende: Steiner-Rochstein-Quartett (Musik), das Grundliche Berliner Frauen-Terzett (Gesang). Einlaßkarten 25 Pf.

Kleine Mitteilungen. Einsam gestorben ist die 74 Jahre alte Aufwarterin Agathe Hoffmann, die in der Ackerstr. 166 für sich allein im Keller wohnte. Die Greisin kam seit einigen Tagen nicht mehr zum Vorschein. Als die Polizei gestern ihre Wohnung öffnete, fand man sie tot auf dem Bett liegen. Sie war an Altersschwäche gestorben. — Hillos aufgefunden wurde in der Nacht zwischen 12 und 1 Uhr ein etwa 60—65 Jahre alter unbekannter Mann vor dem Hause Uferstr. 18. Er lag, aus einer Kopfverwunde stark blutend, auf dem Bürgersteig und wurde von einem Schuttmann nach der Rettungsmache und nachdem er hier verbunden war, nach dem Gewahrsam des Polizeipräsidiums gebracht. Wie er zu der Verletzung gekommen ist, weiß man noch nicht.

Aus den Gemeinden.

Verkauf von Reis und Hülsenfrüchten in Reutlingen.

Der Verkauf der von der Zentraleinkaufsgesellschaft der Stadt überwiesenen Mengen von Reis und Hülsenfrüchten beginnt am Montag, den 28. Februar, wieder durch die Kleinhändler. Der Verkaufspreis an die Konsumenten ist für Reis auf 55, 50 und 45 Pf. pro Pfd. festgesetzt worden, und für Hülsenfrüchte: grüne kleine Erbsen gesch. 45 Pf., gelbe Viktoria-Erbsen I 45 Pf., kleine gesch. gelbe Erbsen 45 Pf., gelbe kleine Erbsen II 35, weiße Mittelbohnen II 40 Pf., braune Bohnen 50 Pf. pro Pfd. Der Verkauf darf nur an Reutlinger Einwohner und zwar gegen Vorgezogene des Mittelstücks der Brotkarte der 54. Brotartenwoche, d. h. die Woche vom 28. Februar bis 5. März 1910 erfolgen. Auf jede Brotkarte darf höchstens 1 Pfd. Reis und 1/2 Pfd. Hülsenfrüchte (Bohnen oder Erbsen) abgegeben werden. Die Kleinhändler sind verpflichtet, das Mittelstück der Brotkarte mit dem amtlich vorgeschriebenen Stempel zu versehen. Werden Reis und Hülsenfrüchte gleichzeitig verabfolgt, so ist das Mittelstück der Brotkarte mit zwei Stempeln zu versehen, und zwar ist für Reis die Vorderseite und für Hülsenfrüchte die Rückseite zu stempeln.

Soziales.

Hinter den Kulissen einer „Gelegenheits-Gesellschaft“.

Die Aufklärung der Besitzverhältnisse eines während des Krieges ins Leben gerufenen Konserndensfabrik bereitete der 4. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts unter dem Vorsitz des Magistratsrats Dr. Henschel große Schwierigkeiten. Die beiden Kläger, der Expedient S. und die Buchhalterin R., waren in der in der Bremerstraße in Roabit befindlichen Niederlassung der Fabrik tätig gewesen, die früher unter der Firma „L. Veiser“ ging. Noch während ihrer Tätigkeit wurde jedoch die Firma in „Max Reumann u. Co.“ umgewandelt. Als die Niederlassung Ende Dezember aufgelöst wurde, erhielten die Kläger nur das Gehalt bis zum Tage, womit sie, da in ungeklärter Stellung befindlich, natürlich nicht zufrieden waren. Da der frühere

nominierte Inhaber Lesser Veiser inzwischen aus dem Unternehmen ausgeschieden war, so lagen beide Angestellten gegen die jetzige Firma R. u. Co. und deren Inhaber wegen des Gehalts bis Vertragsauflösung. Die Beklagte behauptet indessen, mit der ganzen Sache nichts mehr zu tun zu haben. Bis Anfang Dezember sei der Beklagte R. nur der Geldgeber gewesen, der über 600 000 M. bei dem Unternehmen eingezahlt habe. Lesser sei der Inhaber gewesen, und an ihn müßten sich die Kläger auch halten. Im Dezember sei zwar das Unternehmen auf die Firma Max Reumann u. Co. übergegangen, aber nach diesem Vertrage habe Lesser keine Verpflichtungen übernommen. Demgegenüber behaupten die Kläger, daß schon immer Max R. u. Co. die wirklichen Inhaber des Geschäfts gewesen seien und daß S. nur „Strohmann“ war. Als Beweis dafür führt der Expedient S. an, daß L. nur ein einziges Mal durch die Fabrikräume gegangen sei. Die Beweisaufnahme ergab über die Zusammenhänge des Unternehmens folgendes Bild: Der Kaufmann Lesser Veiser gibt für die Firma L. Lesser seinen Namen, Max R. finanziert das Unternehmen. Als Sachmann wird der Betriebsdirektor J. engagiert, der auf seinen Namen die Geschäftsräume mietet und der Firma Lesser abvermietet muß. Im Vertrage zwischen Lesser und Reumann wird die Gründung als „Gelegenheits-Gesellschaft“ bezeichnet. Es wird darin u. a. zwischen den beiden Vertragsschließenden vereinbart, daß alle Einkäufe nach außen für Lesser, nach innen für Rechnung der Gelegenheits-Gesellschaft gehen. Am etwaigen Verlust des Unternehmens sollte R. nicht partizipieren, und L. mußte zur besonderen Sicherheit ein Blankopost von 100 000 M. hinterlegen. Trotzdem verlor R. die eingezahlten 600 000 M. Wenn Geld zur Auszahlung von Gehältern und Löhnen gebraucht wurde, so wurde zu R. in die Privatwohnung geschickt, der, um nicht alles zu verlieren, zu immer weiteren Vergabe von Kapitalien veranlaßt wurde. Das Kaufmannsgericht kam nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme zur antwortungsmäßigen Verurteilung der Beklagten in Höhe von 780 Bsm. 270 M. — Selbst wenn man annehmen wolle, so heißt es in der Begründung, daß ursprünglich nur ein Vertragsverhältnis mit Lesser existierte, so ergibt sich die Verpflichtung der Firma Max R. u. Co. aus dem Umstände, daß diese am 5. Dezember den Betrieb übernommen und fortgeführt hat. Wodurch diese Fortführung bestimmt war, das könne für die Angeklagten gleichgültig sein. Wenn die Beklagte in die Rechte der alten Firma eintrete, so müsse sie auch die Pflichten gegenüber dem Personal mit übernehmen. Daran ändere auch der Vertrag der Gesellschafter untereinander nichts.

Koch oder Küchenchef?

In einer Küche des Gasthausunternehmens „Zur Bierglocke“ arbeitete ein Koch, dem 4 bis 5 Küchenmädchen unterstellt waren. Bei seinem Abgange erhielt er ein Zeugnis als Koch, er verlangte aber durch Klage beim Gewerbegericht ein Zeugnis als Küchenchef, weil er die Küche selbstständig geleitet habe. — Die Kammer 6 unter Vorsitz des Magistratsrats Schulz wies das Verlangen des Klägers ab mit der Begründung: Als Küchenchef könne nur jemand gelten, unter dessen Leitung mehrere Köche oder Köchinnen arbeiten, nicht aber ein Koch, dem mehrere Küchenmädchen als Hilfsarbeiterinnen untergeordnet sind. Ein Zeugnis, worin ihm bescheinigt werde, daß er die Küche selbstständig besorgt habe, kann der Kläger allerdings verlangen.

Aus aller Welt.

Das Lawineneunglück im Hochkönigsgebiet.

64 Tote geborgen — 23 Personen vermisst.

Das Lawineneunglück im Hochkönigsgebiet scheint alle bisherigen Unglücksfälle ähnlicher Art weit zu übertreffen. Es ist jetzt die Zahl von 140 Verschütteten festgestellt. Es sind dies zum größten Teil aus Angehörigen verschiedener Regimenter bestehende Skimannschaften, außerdem einige Touristen. Die Skimannschaften hatten sich an der steilen Wandwand versammelt, um den Weg für den Skiverkehr freizumachen. Die Touristen hatten die dort befindliche sogenannte „Schweizerhütte“, eine Unterkunfthütte, aufgesucht, um Schutz vor dem starken Wind und dem Schneestreiben zu suchen. Plötzlich kamen von Nalberriedel in einem Abstand von 20 Minuten zwei gewaltige Lawinen herab und begruben die Leute unter sich. Einige konnten sich selbst aus den Schneemassen befreien, die meisten der Verunglückten dürften jedoch durch den Aufdruck der mit ungeheurer Gewalt abstürzenden Schneemassen getötet worden sein. Bisher sind 64 Tote geborgen; es werden aber immer noch 23 Personen vermisst, und es besteht immer weniger Hoffnung, diese noch lebend zu bergen.

An der Rettung beteiligten sich Salzburger Mannschaften und etwa 100 russische Kriegesgefangene. Die Rettungsmannschaft hatte aber nicht genügend Arbeitsgerät zur Verfügung, so daß vielfach der Schnee nur mit den Händen fortgeschafft werden mußte. Auch mußte sich die Expedition erst einen Weg durch den von den Lawinen herrührenden Schnee bahnen. Infolge dieser Umstände verzögerte sich die Hilffleistung etwas und kam bei vielen der Verschütteten leider zu spät. Die Leichen der Verunglückten sollen in Salzburg in einem gemeinsamen Grabe beisetzt werden.

Von der Alpenregion ist mitgeteilt worden, daß man an eine Lawinengefahr in dieser Jahreszeit nicht gedacht habe. Zwar kämen im Hochkönigsgebiet recht oft derartige Lawinestürze vor, die aber gewöhnlich erst Ende März oder im April eintreten, wenn die Sonne den Schnee zum Schmelzen bringt und die Gewässer zu Tal treiben. Es war aber doch mit der Gefahr eines Lawineneinganges gerechnet und deshalb bei den Übungen große Vorsicht anempfohlen worden. Die Böslichkeit des Lawineneinganges machte diese Vorsichtsmaßregeln zunichte.

„Opferwillige“ Landwirte.

Von der Dortmunder Strafkammer wurde der Landwirt Kertmann aus Heeren zu 1600 M. Geldstrafe verurteilt. Dieser reiche Bauer hatte fünf Morgen Acker mit Gerste bepflanzt und die Frucht bis auf einen geringen Teil an sein Vieh verfüttert. Dafür erhielt er 1600 M. Geldstrafe. Weil er aber auch noch keine Getreidevorräte unrichtig angegeben hatte, erhielt er weitere 160 M. Geldstrafe.

Bei einer auf Veranlassung des Landrats in Groß-Düben (Kreis Rochenburg, O.-L.) vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde bedeutend mehr Getreide vorgefunden, als bei der Bestandaufnahme von den betreffenden Landwirten angegeben war.

Drei Arbeiter erstickt. Auf dem Kalischacht in Vartensleben hatten sich nach dem Loslösen von Salzmassen giftige Gase entwickelt, dabei erstickten nach der „Magdeb. Zig.“ zwei Arbeiter. Der Aufseher Becker aus Aleringerleben, der den beiden Verunglückten zu Hilfe eilen wollte, fand dabei auch den Tod.

Die Frau im Badofen. Ein eigenartiger, durch ein Kind hervorgerufener Unfall wird aus Arensee gemeldet. In dem demodochartigen Ziemendorf sollte am Sonnabend voriger Woche im Badofen der Wäpferin B. Brot gebacken werden. Die Frau ging gegen Mittag mit ihrer dreijährigen Enkelin hin, um nach dem Feuer zu sehen. Da sie fand, daß die Flammen zu weit nach innen schlugen, kroch die B. in den Badofen hinein, um das Feuer zu regulieren. Als das kleine Mädchen die Brotmutter im Badofen verschwinden sah, schlug es die Ofentür zu und ging dann dergestalt zu ihrer Mutter ins Dorf, um derselben zu erzählen, daß sie die Brotmutter im Badofen eingesperrt habe. Die Frau eilte

num sofort zu der Unglücksstelle, erstenscherweise kam sie noch nicht zu spät. Wohl war die alte Frau unter dem Rauch und der Hitze ohnmächtig geworden, doch hofft man, daß die B. dem Leben erhalten bleiben wird.

Wie schnell man baut. Nach Mitteilungen in der „Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure“ wurde an einer der belebtesten Straßenkreuzungen Chicagos das neue siebenschüssige Champain-Gebäude in 142 Tagen errichtet. Mitte Juni wurde mit dem Abbruch des alten fünfgeschossigen Gebäudes begonnen und dabei die Gründungen bis auf den 28 Meter tief liegenden Fels entfernt. Die Herstellung der neuen Gründungen dauerte 16 Tage. Am 21. Oktober konnten die vier unteren Stockwerke des neuen Hauses bezogen werden und am 1. November, nach knapp fünf Monaten, war das neue Haus vollendet.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 461 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppenteile:

Souveränitäts Garde und Wina. Infanterie usw.: Garde: 4. Garde-Regiment zu Fuß. Grenadier-Regiment. Infanterie-Regiment. Pionier-Regiment Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 221), 31, 34, 35 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 220), 47, 49, 52, 57, 58, 59, 61, 66, 67 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 221), 68, 78 (s. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 201), 79, 80, 81, 82 bis einschl. 87, 90 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 21 und 220), 91, 92, 93, 94 (s. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 220), 95 (s. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 221), 97, 99, 110, 111, 118, 136, 137, 140, 141 (s. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 21), 144, 146, 147, 148, 150 bis einschl. 165, 167, 168, 169, 181, 182, 183 (s. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 21), 184, 185 (s. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 221), 169, 170, 330, 363. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 8, 6 bis einschl. 12, 17, 18 (s. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 94), 19 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 220), 21, 24, 26 (s. Rekruten-Depot der 121. Inf.-Div.), 46, 48 (s. Inf.-Reg. Nr. 221), 49, 51, 56, 57 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 220), 69, 75 bis einschl. 83, 87, 92, 93, 94, 215, 216, 220, 221, 222, 224, 226, 229, 231, 262, 264. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 4, 5, 7, 8, 11, 12, 32, 34, 47, 51, 52 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 21), 57, 60, 61, 76 (s. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 69), 77, 80, 84, 87, 109, 110. Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 3, 1. Feld-Ersatz-Bataillon des 7. Armeekorps. Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 48 (s. Landw.-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 3.) Landsturm-Infanterie-Bataillone: 1. Nachen, 2. Alfenstein, 2. Garmen, 2. Bodum, 2. Briesen, 1. Glogau, 2. Gnesen, Gruppe, 1. und 2. Köben, 2. Rannheim, 6. Münster 2. Neumünster, Neustadt in Wehr. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: 6. Alfenstein, 1. Berlin, 6. des 8. Armeekorps (Kantowitz), Lübeck, 2. Mecklenburg, 24. des 7. Armeekorps (Münster), 4. des 15. Armeekorps (Oberhofen). 1. Landsturm-Infanterie-Ausbildungs-Bataillon St. Vold. Rekruten-Depots der Armeebildungsschule, des 8. Armeekorps, des 26. Reservekorps, der 12. Landwehr-Division, der 121. Infanterie-Division. 1. Rekruten-Bataillon des 4. sowie 1. und 2. des 16. Armeekorps. Jäger-Bataillone Nr. 4 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 21), 5 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 221), 8, 10; Reserve-Bataillone Nr. 17, 24. Feld-Maschinengewehr-Kompagnie der 5. Infanterie-Division; Feld-Maschinengewehr-Büge Nr. 33 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 17) und 228 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 220); Feld-Maschinengewehr-Ergänzungsgab Nr. 431 (s. Inf.-Reg. Nr. 186).

Kavallerie: Leib-Garde-Husaren (s. Garde-Kavallerie-Regiment v. Rastow); Garde-Kavallerie-Regiment v. Rastow. Dragoner Nr. 9 und 19; Reserve-Dragonen Nr. 7. Husaren Nr. 5, 16, 17; Reserve-Husaren Nr. 9. Reserve-Kavallerie-Abteilung Nr. 49.

Feldartillerie: Regiment Nr. 20, 21, 35, 59, 70, 90, 237; Reserve-Regiment Nr. 15, 21, 30, 85, 90.

Pioniere: Regiment Nr. 19 und 24; Bataillone: II. Nr. 2, II. Nr. 6, I. Nr. 14, I. Nr. 21, I. Nr. 27, I. und III. Nr. 28; Ersatz-Bataillone der Pionier-Bataillone Nr. 16 und 21; Reserve-Pionier-Kompagnie Nr. 84.

Verkehrstruppen: Militär-Eisenbahndivision I. Fernsprech-Abteilung Nr. 2 des 2. Armeekorps. Kavallerie-Kraftwagenkolonne Nr. 7.

Train: Reserve-Fuhrparkkolonne Nr. 106. Stappen-Fuhrparkkolonne der 4. Armee.

Munitionskolonnen: Infanterie-Munitionskolonnen Nr. 104. Leichte Munitionskolonnen der Garde-Kavallerie-Division. Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 1 der 115. Infanterie-Division. Stappen-Munitionskolonnen Nr. 31.

Sanitätsformationen: Gebirgs-Sanitäts-Kompagnie Nr. 203. Sanitäts-Staffel der 3. Landwehr-Division.

Stappen-Güter- und Paketamt der 4. Armee.

Weitere Verluste.

Die Veröffentlichung der bayerischen Verlustliste Nr. 261, deren Inhalt wir bereits gestern mitgeteilt haben, wird fortgesetzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Beiratskammer findet für Montagen und Donnerst. 5. 17. Gotz recht, barriere am Montag des Brettes von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 8 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Vorschlag und eine Zahl als Merkmal beizufügen. Die Briefe Antwort wird nicht erteilt. Anträgen, denen keine Montagsbestätigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Beiratskammer vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Beiratskammer mit.

W. S. 80. Dafür ist keine bestimmte Höhe festgelegt. Das richtet sich je nach den persönlichen Verhältnissen. — **W. S. 81.** Die Landesversicherungsanstalt kann dazu nicht verpflichtet werden. 2. Die Anwaltskosten kann beantragt werden. 3. und 4. Der Antrag ist unter Vorrichtung der Aufrechnungsbelegungen und der letzten Anwaltskosten beim Versicherungsamte, Klosterstr. 67, zu stellen. — **W. S. 100.** 1. Stellen Sie jetzt zunächst einen Antrag auf Erhebung der Unterstufung, das heißt, daß Ihnen auch die kommunale Unterstufung gewährt wird. Erst wenn Sie diese erhalten, können Sie Antrag auf Versicherungsunterstufung stellen. 2. und 6. Ja. — **W. S. 102.** 1. Der Arbeitgeber ist dazu nicht verpflichtet. 2. Das Verpflegungsgeld beträgt 1,50 M. 3. Die Forderung ist an die Kompanie zu richten. — **W. S. 10.** Machen Sie bei der Umziehung von diesem ärztlichen Fehler Mitteilung. — **Gemeindevorstandsgewalt Wittenau.** 1. Sie müssen sich an das zuständige Stadtratsamt wenden. 2. Ja. — **Konsum 30.** Der erste Käufer hat einen Anspruch auf den Hund. Sie können diesen nur anderweitig verkaufen, wenn Sie sich mit dem ersten Käufer auseinandergesetzt haben. — **W. S. 10.** Sie haben Anspruch auf Unterstufung, wenn Bedürftigkeit bei Ihnen als vorliegend erachtet wird. — **W. S. 2.** Der Sohn muß Ihnen den Unterstufungsgeld einbringen. Dann müssen Sie nochmals Antrag bei der Steuerkasse stellen. — **W. S. 50.** Da Bedürftigkeit in diesem Falle nicht anerkannt wird, haben Sie keinen Anspruch auf Unterstufung. — **W. S. 7.** Gehörlose Kandidaten würde in diesem Falle zum Quartalslohn, und zwar 6 Wochen vorher, sein. Sie müssen mit dem Chef sich darüber verständigen, daß Ihnen eine angemessene Zeit zum Auffuchen einer neuen Arbeitsstelle gewährt wird. — **Strauß 14.** 1. Ja. 2. Das können Sie nur durch Gerichtsbeschluß bewirken. — **W. S. 39.** Zur Herausgabe der Sachen sind Sie verpflichtet. Sie können ein Lagergeld von monatlich etwa 3 M. verlangen. — **W. S. 3637.** Das unter A) angeführte Testament ist anfechtbar. Sie müssen das unter B) bezeichnete abbrechen. — **W. 1.** Die Forderungen können nicht. — Ein Rentendefizit geht Ihnen ohne weiteres zu. Sie können aber eventuell wegen Erteilung des Defizites mahnen. 2. Da die Rindungzeit in der Fabrikordnung festgelegt ist, so gilt diese Rindungzeit auch für Ihre jetzige Stelle. 3. Das ist ein Entlassungsgrund, ohne den die andere Firma Sie nicht entläßt. Bei unangenehmer Vermeidung des Scheines könnten Sie Beschwerde beim Kreisgericht einlegen, für die Metallindustrie, Gutschaufener Straße, einlegen. 4. Wenn die Entlassung aus dem Rindungsgrund erfolgt ist, nicht. — **W. S. 50.** Sie sollten für den Schaden. Veruchen Sie mit dem Leibeckern eine Einigung zu erzielen. — **Weißenhof 10.** 1. Etwa 50 M. monatlich. 2. Der Hauswirt kann davon nicht zurücktreten. 3. Rindung kann erfolgen. — **W. S. 28.** 1. Ja. 2. Beim Bezirkskommando. — **W. S. 69.** Nein, auch Vereinen ist die Abhaltung von geschlossenen Tanzergängen verboten.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittags. Zeitweise heiter, jedoch fast durchgehend wolkig oder neblig und besonders im Süden leichte Schneefälle.